Einzelpreis 15 Pf. Halle, Dienstag, den 5. August 1919. 30. Jahrgang • Nr. 181.

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 1816.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textsiebentel.

Die Gärung.

Ein „Sprengversuch" in der Internationale.

Ein Telegramm aus Berlin meldet:

Berlin, 5. August. Ueber einen **Sprengversuch in der Internationale** durch die Unabhängigen läßt sich der Vorwärts aus Luzern berichten. Hilferding habe im Namen der Unabhängigen Parteileitung ausgeführt, daß die Unabhängige Sozialdemokratie nur dann der Internationale angehören könnte, wenn in dieser Internationale kein Raum für die Mehrheitssozialisten sei. Wels sei den Ausführungen Hilferdings entgegengetreten und habe dessen Behauptungen über die Entziehung der Revolution und über die angeblichen Verdienste der Unabhängigen widerlegt. Unter lebhaftem Widerspruch Hilferdings habe er darauf hingewiesen, daß die Unabhängigen unter dem Diktat der Kommunisten ständen und unter diesem Einfluß jetzt auch die Internationale sprengen wollten. Auch Bernstein habe sich gegen Hilferding gewendet und betont, daß die deutsche Volkswirtschaft auf die Tätigkeit **der deutschen Unternehmer noch nicht verzichten könne.**

•

Soweit die Meldung des Vorwärts. Sie ist ganz im Geiste der Scheinsozialisten abgefaßt. Die Arbeiter wird es mit Genugtuung erfüllen, daß die U. S. P. in Luzern ihre Pflicht tut und die Internationale von den deutschen Regierungs„sozialisten" rein zu halten sucht. Wir haben schon neulich ausgeführt, daß die U. S. P. nur einer revolutionär-sozialistischen Internationale angehören könne, wobei die Scheinsozialisten nicht in Betracht kommen. Der brave Bernstein hat auch gleich bestätigt, daß die Regierungssozialisten die **kapitalistischen Unternehmer im Wirtschaftsbetriebe beibehalten wollen,** womit sie sich wiederum als Schutztruppe des Kapitals kennzeichneten. Daß solche Leute und Parteien in einer konsequent-sozialistischen Proletarier-Internationale keinen Platz haben können, ist selbstverständlich.

Köstlich ist es, daß der Vorwärts diesen selbstverständlichen Klärungs- und Reinigungsprozeß als „Sprengversuch der Internationale" verabscheut. **Ich nein, die U. S. P. will nicht „sprengen", sondern eine Internationale aufbauen — aber** eben eine sozialistische. Und da haben die Schutzparteien des Kapitals draußen zu bleiben.

Wie freilich die Mehrheit der reformsozialistischen Parteien der andern Länder in Luzern entscheiden wird, ist eine andere Frage. Es ist möglich, daß eine solche Mehrheit die deutschen Regierungssozialisten aufnehmen wird. Das ist sogar wahrscheinlich, weil in so vielen Ländern die sozialistischen Parteien bloße Reformparteien geworden sind. Kommt aber eine Internationale mit den deutschen Scheinsozialisten zustande, so ist selbstverständlich darin kein Platz für die U. S. P. D. Das Prinzip des revolutionären Sozialismus schätzen wir höher als einen großen Haufen unklarer Köpfe. Wir wissen dann, wo wir die **proletarisch-sozialistische Internationale zu finden haben.**

Erdrosselung des sozialistischen Ungarns.

Fortsetzung des Feldzuges der Kapitalisten.

Aus den sich zum Teil widersprechenden Meldungen aus Ungarn läßt sich erkennen, daß die vereinigten Kapitalisten Ungarns, Rumäniens, der Tschechoslowakei und der Entente, trotzdem ihre Forderung des Rücktritts der Regierung Bela Khun bedingungslos erfüllt wurde, **weiter Krieg gegen das ungarische Proletariat führen. Ihre Truppen stehen dicht vor Budapest** und sollen bereits für die Ernährung der hauptstädtischen Bevölkerung eine äußerst kritische Lage geschaffen haben. Nach anderen Meldungen sollen **die rumänischen Truppen bereits raubend und plündernd in Budapest eingezogen sein.** Alle den Kommunisten nahestehenden Personen seien verhaftet. Das vor einigen Tagen gebildete Kabinett Beibel, das sich hauptsächlich aus Gewerkschaftsführern zusammensetzte, sei zurückgetreten.

Nach anderen Meldungen soll es sich aus Vertretern der außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Parteien Ungarns ergänzen, um, wie der kapitalistische Fachausdruck für Ausübung ihrer Macht lautet, sämtlichen Schichten des Volkes Gelegenheit zu geben, an den Regierungsarbeiten teilzunehmen.

So widersprechend die Meldungen im einzelnen sind, so lassen sie doch klar erkennen, daß die gegen Ungarn vereinigten Kapitalisten der halben Welt ihre augenblickliche militärische Ueberlegenheit ausnutzen wollen zu einer **vollkommenen Niederringung des ungarischen Proletariats und zur Errichtung einer rein kapitalistischen** Herrschaft in Ungarn. Das kann ihnen vorübergehend wohl gelingen. Sie können das Proletariat aushungern und seine Führer niedermeheln, und können dann ihr Werk mit Einsetzung einer kapitalistischen Regierung krönen. **Sie können aber nicht die Idee des Sozialismus töten.** Gerade solche Kämpfe weisen den Arbeitern aller Länder den Weg, den sie zu gehen haben, und zeigen ihnen, daß der große entscheidende Sieg über den Kapitalismus nicht von dem Proletariat eines einzelnen Landes errungen werden kann, **sondern daß der politische Kampf des Proletariats international geführt werden muß,** wie ihn auch die Kapitalisten international führen. Ist sich die breite Masse klar darüber, dann ist der Sieg des Sozialismus verbürgt. Vorübergehende Niederlagen, wie die in Ungarn, tragen ihr Teil dazu bei, um dem internationalen Proletariat die Klarheit und Einsicht zu vermitteln, die es zu seinem Aufstiege braucht. Sie stärken den Kampfesgeist in der gesamten internationalen Arbeiterschaft.

•

Weitere Meldungen aus Budapest besagen, daß die rumänischen Truppen die Telephonlinien durchschneiden und die Eisenbahnlinien bei Budapest unterbrechen, ungarische Automobile mit Lebensmitteln ausplündern, die Häuser mit Kanonen beschießen und in den östlichen Vororten von Budapest rauben und plündern. Die Bevölkerung, die völlig ruhig war, sei sehr erregt, und der Kriegsminister Hanbrich lehne jede Verantwortung für etwa eintretende Zusammenstöße ab. Die ungarischen Soldaten in Budapest würden weggeschleppt. Die Lage sei sehr kritisch, Blutvergießen seien wahrscheinlich.

Die Abschlachtung der Führer begann bereits. Die bürgerliche Presse meldet: Der bisherige Kommandeur der ungarischen Roten Garde, Gustav Ensbruder, wurde mit zwei Spießgesellen in Oedenburg standrechtlich gehängt. — „Spießgesellen" ist echt „ordnungsliebend".

Zum Aufbau des Rätesystems.

Ein Aufruf!

Am Sonntag, den 27. Juli, sind in Halle Vertreter des

Zentralrates der Werftarbeiter, Sitz Hamburg;
Zentralrates der Eisenbahner, Sitz Frankfurt;
Zentralrates der Binnenschiffahrt, Sitz Berlin;
Seemannsbundes, Sitz Hamburg;
Zentralzechenrates in Essen;
Bezirksbergarbeiterrates Halle;
Bezirksrates der chemischen Industrie, Sitz Merseburg;
Zentralrates der optisch-mechanischen Industrie, Sitz Jena;
Zentralrates der Rüstungsarbeiter, Sitz Berlin;
Vollzugsrates der revolutionären Groß-Berliner Arbeiterräte;
der 15er Kommission der Hamburger Betriebsräte;
Hauptausschusses des Großen Arbeiterrates Leipzig;
Bezirksarbeiterrates Merseburg

zusammengetreten. Diese Konferenz hat Stellung genommen zu **dem Betriebsrätegesetz der Regierung, zu der Organisation der** Betriebsräte und zur Gewerkschaftsfrage.

Die Konferenz erhebt den schärfsten **Widerspruch gegen das Betriebsrätegesetz der Regierung.** Sie schließt sich den Erklärungen und Beschlüssen der Konferenz der Betriebsräte an, die vom 8. bis 10. Juli in Berlin getagt hat. Sie bringt die Entschlossenheit der vertretenen Zentralen zum Ausdruck, mit aller Kraft und allen Mitteln für die am 10. Juli aufgestellten Forderungen der Betriebsräte und darüber hinaus für das Rätesystem überhaupt zu kämpfen.

Zu diesem Zwecke hält die Konferenz einen **organisatorischen Zusammenschluß der Zentralräte der Fachgruppen** für notwendig, um die ganze Kraft der auf dem Boden des Rätesystems stehenden revolutionären Arbeiterschaft für die Errichtung des Rätesystems einzusetzen. Zu diesem Zwecke hat sie eine provisorische Zentralstelle der Zentralbetriebsräte eingesetzt, deren Aufgabe es sein wird, die Organisationen der Zentralbetriebsräte auszubauen und den Gedanken des Rätesystems in die revolutionären Massen zu tragen. Einer in der nächsten Zeit einzuberufenden Konferenz der Zentralräte der Industriezweige bleibt es vorbehalten, endgültige Beschlüsse über die Organisation zu fassen und eine Zentralstelle regelrecht zu wählen.

Revolutionäre Arbeiter und Betriebsräte aller Industriegruppen!

Schließt euch zusammen in der revolutionären Betriebsräteorganisation! Schafft überall Betriebsräte, schließt die Betriebsräte zusammen zu zentralen Organisationen, schließt euch der neuen Zentralstelle der Betriebsräte an! Das Rätesystem ist der Hebel, mit dem das Proletariat die bürgerliche Welt aus den Angeln heben und den Sozialismus an ihre Stelle setzen wird.

Die Adresse der provisorischen Zentralstelle ist:

Franz Peters, Halle a. d. S., Harz 42/44, Zimmer 22
(Bezirkssekretariat).

Regierungswandel in Rußland?

Der Vossischen Zeitung wird über Stockholm berichtet, daß die russische Regierung sich mit der Frage beschäftigt, „die bisherige Diktatur in eine Regierungsform umzuwandeln, die eine Verständigung mit der übrigen Welt ermöglichen könnte". Zunächst handele es sich um eine Verständigung mit dem nichtbolschewistischen Rußland. Die jüngsten, noch immer nicht zum Abschluß gelangten, weit ausgedehnten Streiks der russischen Eisenbahner, Metallarbeiter und Textilarbeiter, die sich mehrenden Beschlüsse zahlreicher Bauernräte, die bevorstehende Ernte nicht in die Städte kommen zu lassen und etwaigen Requisitionen sich mit Gewalt entgegenzusetzen, scheinen, so sagt die Meldung der Vossischen Zeitung, in Moskau den Eindruck nicht verfehlt zu haben, daß es an der Zeit sei, im Interesse eines inneren Friedens eine gewisse, und zwar nicht geringe Nachgiebigkeit zu zeigen. Der Bericht spricht weiter von einer Zunahme der nichtbolschewistischen Stimmen in einer Reihe von städtischen Wahlen, wodurch der Gedanke des Entgegenkommens noch gestärkt worden zu sein scheine.

Eine militärische Bezwingung Sowjetrußlands müsse nach wie vor ganz und gar bezweifelt werden. Zudem scheine man in Moskau auch im Besitze von Informationen zu sein, daß die Alliierten die weiteren militärischen Aktionen im Osten und Südosten Rußlands einzustellen sich bestrebten. Sogar eine Zurücknahme der Koltschakschen Truppen sei nicht ausgeschlossen.

Für die Richtigkeit aller dieser Nachrichten will sich der Berichterstatter zwar nicht verbürgen, betont aber, daß bei den gegenwärtigen Beratungen in Moskau die Frage der Schaffung einer Koalitionsregierung die ausschlaggebende Rolle spielt. Lenin solle geneigt sein, zurückzutreten, wenn das Verbleiben Tschitscherins als Leiter der auswärtigen Politik und Trotzkis als Armeeorganisator in der Regierung garantiert werde.

Schwierigkeiten hat die junge sozialistische Republik gewiß genug zu überwinden gehabt und Berge neuer Schwierigkeiten türmen sich ihr im Kampfe mit der gesamten kapitalistischen Welt täglich entgegen. Dennoch sind die ziemlich dunkel gehaltenen Andeutungen vorerst mit Vorsicht entgegenzunehmen.

Der Tag des Sündenfalls.

Von Rud. Breitscheid.

Der 4. August wird auf ewige Zeiten ein Tag traurigen Gedenkens für die Arbeiterschaft der ganzen Welt sein: am 4. August 1914 vollzog sich der Sündenfall der deutschen Sozialdemokratie. Ihre Reichstagsfraktion bewilligte zum ersten Male die Kriegskredite und stellte sich damit in eine Reihe mit den bürgerlichen Vaterlandsverteidigern.

Noch wenige Tage zuvor hätte kaum jemand mit der Möglichkeit eines solchen Entschlusses gerechnet, denn die deutsche Sozialdemokratie galt als das festeste Bollwerk des internationalen sozialistischen Gedankens. Aber die Sitzung der Fraktion vom 3. August zerstörte grausam diese Illusion. Nur vierzehn ihrer Mitglieder stimmten für die Ablehnung, einige wenige enthielten sich, und 78 traten für die Bewilligung ein.

Aus Gründen der Disziplin fügten sich die vierzehn der Entscheidung der Mehrheit, und aus Gründen der Disziplin verlas Haase, der zu den Opponenten gehört hatte, im Plenum die formulierte Erklärung.

Es geht nicht an, die Jasager alle in dieselbe Verdammnis zu werfen. Die Motive der Abstimmung waren nicht einheitlich. Viele gab es, die sozusagen in der Hypnose handelten. Sie waren ehrlich davon überzeugt, daß Deutschland schmählich überfallen worden sei. Sie glaubten an den Freiheitskampf gegen den so oft verdammten russischen Zarismus. Die vortreffliche Regie der maßgebenden Stellen hatte sie betört. Eine ganze Reihe von ihnen hat sich nachher, als über den Ursprung und den Sinn des Krieges größere Klarheit verbreitet wurde, zurückgefunden.

Bei den meisten aber — die spätere Entwicklung hat es gezeigt — waren es nicht falsche politische Voraussetzungen, die ihre Haltung bestimmten. Sie hatten nicht in den Wirrnissen der letzten Julitage die Orientierung verloren, sondern sie traten in vollem Bewußtsein an die Seite der Regierung, da sie die Gemeinsamkeit der nationalen Interessen, den Vorrang vor den Klasseninteressen des Proletariats zuerkannten. Das Proletariat war für sie nicht mehr die Negation der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern es galt ihnen als ein Teil dieses Gemeinwesens, in dem alle für einen und einer für alle zu stehen hätten. Sie kämpften gegen den Kapitalismus, aber sie fühlten sich ihm doch so sehr verbunden, daß sie gemeinsam mit ihm die Waffen ergriffen, als dem kapitalistischen Staat von außen her eine Gefahr zu drohen schien.

Zum Teil erkannten sie den Widerspruch, in den man sich mit der Kreditbewilligung zu den überlieferten Grundanschauungen der Partei setzte, und verkündeten infolgedessen das Evangelium des Umlernens, zum Teil auch bemühten sie sich um den Nachweis, daß das Ja nur die natürliche und selbstverständliche Konsequenz der bisher von der Partei eingenommenen Haltung sei.

Die Erklärung selbst spiegelt die Verschiedenartigkeit der in der Fraktion herrschenden Auffassungen wider. Nachdem der Vorschlag, man solle sich ohne Vorbehalt der Regierung und den bürgerlichen Parteien anschließen, abgelehnt worden war, kam ein Dokument zustande, daß die Verantwortung für den Krieg zwar den Trägern der imperialistischen Politik zuschob, dann aber doch die Notwendigkeit betonte, die für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel zu bewilligen, weil es gelte, die durch den Krieg in Not geratenen Volksgenossen zu unterstützen, und weil es eben gegen den russischen Despotismus gehe.

In diesem Zusammenhange wurde dann das verhängnisvollste und folgenschwerste Wort gesprochen: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich."

Der stürmische Beifall, mit dem die bürgerlichen Parteien des Hauses gerade diesen Satz unterstrichen, ist nur allzu verständlich. Denn diese Verteidigung eröffnete dem deutschen Imperialismus die schönsten Zukunftsaussichten. Es kam für ihn nur darauf an, das Vaterland als gefährdet hinzustellen, um der Unterstützung durch die Sozialdemokratie sicher zu sein.

Wer sich schlechthin bereit erklärt, das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich zu lassen, der verzichtet auf eine Nachprüfung der Gründe, die die bedenkliche Situation herbeigeführt haben. Er fragt nicht nach Recht oder Unrecht. Er untersucht nicht die Schuld. Er hält sich an die einfache Tatsache der Gefährdung.

Das Vaterland ist in Gefahr, ganz gleichgültig, ob der Krieg, in dem es steht, ein Angriffs- oder Verteidigungskrieg ist. Selbst wenn eine Verletzung seiner Grenzen nach der strategischen Lage für ausgeschlossen gelten kann, ist es noch immer möglich, eine Bedrohung seines Bestandes zu konstruieren, so lange der Feind nicht völlig zerschmettert am Boden liegt.

Die Gefahr, in der sich das Deutsche Reich 1914 befand, war durch die frivole Politik seiner Machthaber heraufbeschworen worden. Nachdem der erste Schuß einmal gefallen war, blieb die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190805-10/fragment/page=0001

[illegible] kratie vom 4. August billigte, hatte sich für die Zukunft eine selbständige Entscheidung zum mindesten außerordentlich erschwert. Er war der Regierung und der Obersten Heeresleitung ausgeliefert. Er hatte sich im Grunde des Rechts auf eine eigene Meinung in den Fragen der auswärtigen und Kriegspolitik für alle Zeiten begeben, nachdem er zu Beginn des Krieges der Auffassung und der Darstellung der Herrschenden willig und gutgläubig gefolgt war.

Noch bedenklicher aber war die Verwendung des Vaterlandsbegriffes. Die Sozialdemokratie versprach, das Vaterland nicht im Stich zu lassen. Damit verwischte sie vollständig die Grenzen zwischen sich und der bürgerlichen Gesellschaft, die unter der Verteidigung des Vaterlandes die Verteidigung ihrer Interessen, ihres Profits und ihrer Machtstellung versteht.

Vom Standpunkt der Bourgeoisie gesehen, muß der Proletarier ein vaterlandsloser Geselle bleiben, denn indem er sich dazu hergibt, den kapitalistischen Staat zu schützen, in dem er geboren ist, befestigt er die Herrschaft seiner Gegner und zerstört den Zusammenhang mit seinen Klassengenossen in anderen Ländern. Das Vaterland des Arbeiters kann nur die sozialistische Gemeinschaft sein. Für den Sozialismus kämpft er gegen seine Feinde, mögen sie im Innern drohen oder von außen gegen die mehr oder weniger zufälligen Grenzen des Staates anrücken.

Das gilt natürlich für das Proletariat der ganzen Welt, nicht allein für das deutsche, und die sozialistischen Parteien in den Staaten der Entente, die sich ebenfalls hinter ihre Regierungen gestellt haben, sind gleichfalls schuldig, wenn sie sich auch darauf berufen können, daß die Mittelmächte die Angreifenden waren und ihre Länder sich in der Abwehr befanden. Nur kann die Schuld der andern die deutsche Sozialdemokratie nie und nimmer entlasten. Um so weniger, als gerade sie stolz darauf war, in der Welt des Sozialismus die Führung zu besitzen.

•

Der 4. August 1914 war ein Anfang und ein Symptom. Was ihm folgte, war schlimmer und schrecklicher. Die Tonart, die der größte Teil der sozialdemokratischen Presse anschlug, unterschied sich kaum noch von der der alldeutschen Organe, und als, um nur ein Beispiel zu nennen, Scheidemann in der New Yorker Volkszeitung Rußland als den Schuldigen bezeichnete, England eine „Heuchelei von wahrhaft gigantischer Schamlosigkeit“ vorwarf, die Japaner das „widerwärtigste und verlogenste Volk der Welt“ nannte, konnte er sich leider der Zustimmung der weitesten Kreise seiner Freunde zu diesem nationalistischen Geschrei gewiß halten.

Im Lande draußen freilich begann sich die Mißstimmung der Arbeiterschaft langsam zu regen. Aber ihre Aeußerung wurde mit den drakonischen Maßregeln der Militärgewalt unterdrückt, denen die Mehrheit der Fraktion nur mit einem mehr als schwächlichen Widerstand begegnete.

Auch als es immer deutlicher erkennbar wurde, daß der Krieg ein Eroberungsfeldzug größten Stils war, und daß der Sieg die Weltherrschaft des deutschen Kapitalismus begründen sollte, blieb der größte Teil der Partei auf seinem Standpunkte stehen. Der Warnungsruf, den Haase, Kautsky und Bernstein im Sommer 1915 erschallen ließen, hatte nicht die gewünschte Wirkung, weil die Durchhalter unter dem Schutz des Belagerungszustandes die Aufklärung der Massen hintertreiben konnten.

Erst allmählich bildete sich ein Zentrum des Widerstandes, aus dem sich 1916 die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und 1917 die Unabhängige Partei entwickelte, die mit ihren schwachen Kräften sich vergebens bemühte, das Gewissen der Mehrheitler zu schärfen. Die „ließen das Vaterland nicht im Stich“, die bewilligten Kredite auf Kredite, die suchten auch dann noch an einen Verteidigungskrieg glauben zu machen, als die Annektionsgier sich schon längst nicht mehr auf Kundgebungen beschränkte, sondern in Brest-Litowsk und Bukarest glänzende positive Erfolge errungen hatte.

Bis dann schließlich auch die Hilfe der Sozialdemokratie das Vaterland nicht vor dem vollkommenen Zusammenbruch retten konnte, und bis all die Heuchelei und all die Lüge, die mehr als vier Jahre hindurch ihr fürchterliches Wesen getrieben hatten, grauenvoll offenbar wurden.

Zwar retteten die scheinsozialistischen Patrioten noch einmal ihre Situation, indem sie das Gebäude der Revolution untergruben und neue Bündnisse mit ihren politischen Kriegskameraden eingingen. Aber diese Herrlichkeit kann und wird nur von kurzer Dauer sein. Die Woge, die sie hinwegspülen wird, schwillt von Tag zu Tag mehr an. Aus dem Sumpf der burgfriedlichen Gedanken hat sich die Masse der Arbeiterschaft herausgefunden. Sie erkennt aufs neue, daß die Grenzen, an denen sie kampfbereit stehen muß, nicht zwischen den einzelnen Ländern, sondern zwischen ihr und der bürgerlichen Klasse laufen.

Der Irrwahn des 4. August 1914 verschwindet. Der internationale Sozialismus, der vor dem Kriege leider nicht viel mehr als ein schönes Schlagwort war, ist auf dem Wege, Tat und Wahrheit zu werden, und der einzige wertvolle Satz, den die Erklärung vom 4. August 1914 enthielt, kann heute mit größerer Ueberzeugung ausgesprochen werden als vor fünf Jahren:

„Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.“

Trotzdem, daß die Mehrheit derer, die diese Hoffnung zuerst verkündeten, alles getan haben, um ihre Erfüllung zu hintertreiben.

Die neue „Ordnungsbehörde“.

Was wir dieser Tage schon im Auszuge melden konnten, ist jetzt Tatsache geworden.

Amtlich meldet Wolff: **Da ohne Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (!!) eine Heilung der Kriegsschäden, die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens und die Durchführung der uns auferlegten schweren Friedensbedingungen unmöglich sind, hat die preußische Staatsregierung ein besonderes Staatskommissariat für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung errichtet. Bisher lagen Ueberwachung und Abwehr derjenigen Bewegungen, die, aus den verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Ursachen entstehend, die öffentliche Ordnung immer wieder bedrohen, in den Händen einer Reihe von Dienststellen (Edenhotel usw. Red.), die nicht immer in der unerläßlichen Fühlung miteinander arbeiten konnten. Gelegentliche Mißgriffe (!) waren deshalb unvermeidlich, und es war nicht möglich, überall mit der erforderlichen Folgerichtigkeit und Schnelligkeit einzugreifen, wo die öffentliche Ordnung bedroht und gestört wurde. Die preußische Staatsregierung hat deshalb eine Zentralstelle für die Ueberwachung und die Abwehr ruhestörender Bewegungen, von welcher Seite sie immer kommen mögen, geschaffen. Sie kommt damit einem in allen Kreisen der schaffenswilligen und schaffenskundigen Bevölkerung dringend empfundenen Bedürfnis entgegen, und sie verspricht sich von der Wirksamkeit dieser Dienststelle die durchaus notwendige beschleunigte Wiederherstellung eines geordneten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens im Staate. Der Staatskommissar ist der preußischen Regierung unmittelbar unterstellt und an ihre Weisungen gebunden.**

Die Berliner Freiheit ist in der Lage, die Leiter dieser amtlichen Zentrale näher zu charakterisieren. Es handelt sich um einen Herrn v. Berger, einen vor kurzem zum Regierungsrat beförderten Großkaufmann Strauß aus Köln und einige andere bewährte Staatsstützen, die ihr möglichstes zur Bekämpfung der Revolution taten. Besonders Berger macht Karriere. Er stand vor der Revolution an der Spitze der Preßabteilung des preußischen Ministeriums des Innern und beeinflußte in dieser Eigenschaft nicht nur die Kreisblattpresse, sondern hatte auch die Ehre, die Thronrede für den König von Preußen (!) entwerfen zu dürfen.

Da Genosse Breitscheid, der nach der Revolution Minister des Innern wurde, ebenso wie der Unterstaatssekretär v. Gerlach dem Herrn v. Berger zu verstehen gaben, daß bei seinen politischen Anschauungen für ihn eigentlich so recht kein Platz mehr im Ministerium sei, zog der Geschmeidige es vor, seinen Abschied einzureichen. Er privatisierte eine Zeitlang, bis Herr Hirsch, der regierungssozialistische Ministerpräsident, sich seine unschätzbaren Talente für seine Spitzelabteilung sicherte.

Daß diese neue Ordnungsbehörde auch mit Spitzeln arbeiten wird, ist wohl anzunehmen. Man braucht ja bloß den bisher schon gut eingespielten Apparat zu übernehmen und weiter auszubauen. Die preußisch-deutsche Ordnung kommt immer mehr zu den Methoden, die im ehemaligen zaristischen Rußland üblich waren. Wir gehen der schwärzesten Periode entgegen — und auch den schwersten Kämpfen.

Aufruf.

An die Kaliarbeiter Deutschlands!

Kameraden! Augen und Ohren auf! Seid auf der Hut vor dem Beginnen der Kaliwerksbesitzer!

Was diese Herren für Giftpfeile verschießen, beleuchtet scharf und grell die Aeußerung des Leiters der Adler-Kaliwerke in Oberröblingen: „Die Kaliwerksbesitzer haben beschlossen, die Kaliarbeiter vier Wochen bei vollem Lohn auszuhalten, wenn die Kaliarbeiter gemeinsame Sache mit den Kaliwerksunternehmern gegen die Regierung machen.“

Also zur Festigung und Verankerung des kapitalistischen Ausbeutungssystems haben diese Wohltäter der Menschheit Millionen zur Verfügung! Die jetzt aufgestellten berechtigten Lebensforderungen der Kaliarbeiter werden von denselben Kalimagnaten, die die unverschämte Frechheit besitzen, die ausgebeuteten Kaliarbeiter zum Kampfe für den Kapitalismus aufzurufen, mit den hinterhältigsten Mitteln niedergeknüttelt. Die Kaliarbeiter können ja mit ihren Familien weiterdarben. Die Helfer, die Agenten des Kapitals, die ihr alle kennt, sind dabei die eifrigsten Bekämpfer eurer Existenzmöglichkeit.

Darum wahrt Geschlossenheit in eurem berechtigten Ringen um bessere Lebensbedingungen! Gebraucht eure schönste und stärkste Kampfwaffe: Uebt Solidarität!

Laßt euch durch die angedrohte Aussperrung nicht schrecken, weiter eure berechtigten Forderungen entschlossen zu vertreten. Bei 60 Prozent bereits bewilligter Preiserhöhung der Kalierzeugnisse will man euch dagegen mit nichts abspeisen. Eure berechtigten wirtschaftlichen Forderungen tritt man mit Füßen! Den Kalibaronen werden aber auch weiterhin die Taschen gefüllt!

Kameraden! Darum haltet aus, denn nur dann ist euer der Sieg!

Die Zentralstreikleitung.
Halle (Saale), Harz 42/44. Tel.-Nr. 2271.

•

Zwei Drittel der Werke streiken.

Die Lügen der kapitalistischen Presse über den „völlig verunglückten“ Streik sind nun nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Wahrheit sickert durch. W. T. B. verbreitet heute folgende Meldung:

Berlin, 5. August. In den Kalirevieren Deutschlands nimmt der Streik weitere Ausdehnung an. Es streiken, wie berichtet wird, etwa zwei Drittel aller Werke, darunter 30 fiskalische.

Was hier zugegeben wird, ist von der Streikleitung schon vorher festgestellt worden. Die Kaliarbeiter sind erwacht, stehen geschlossen zusammen und werden Solidarität üben bis zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen, die für sie als Lebensforderungen gelten.

Landarbeiterstreik im Kasseler Bezirk.

Die Saalezeitung meldet aus Kassel, 4. August. Heute früh ist auf fast **allen Gütern des Bezirkes Kassel der Landarbeiterstreik ausgebrochen,** nachdem die Verhandlungen über einen neuen Tarif trotz äußersten Entgegenkommens nicht zur vollen Zufriedenheit der Landarbeiterorganisation ausgefallen sind. Vorläufig beschränkt sich der Ausstand auf die großen Güter. Die Arbeiter auf den mittleren und kleineren Höfen arbeiten noch. Es besteht Hoffnung, den Streik in aller Kürze beizulegen.

Fortschritte der bolschewistischen Truppen.

Laut einer Meldung des Pressebureaus Radio befindet sich **Koltschaks Heer im vollen Rückzuge.** Die Regierung Koltschaks bereitet ihren Umzug von Omsk nach Irkutsk vor. Die Bolschewisten machen auch im Norden Fortschritte.

So „kämpfen“ die Noskegardisten!

Folgende Meldung zeichnet ein Bild aus dem herrlichen, neuen Deutschland: Als die in Wismar liegenden Regierungstruppen zur Unterdrückung der „Unruhen“ nach Hamburg verladen werden sollten, widersetzte sich dem die Wismarer Arbeiterschaft aller sozialistischen Richtungen. Die Jäger zogen deshalb im Schutze der nächtlichen Dunkelheit von einem benachbarten Bahnhof ab. Sie schwuren der Arbeiterschaft Rache. Diesen Schwur haben sie gehalten. Sofort nach ihrer Rückkunft am 25. Juli veranstalteten sie unter Führung eines blutjungen Leutnants einen Spektakel. Unter den Rufen: „Straße frei, Fenster zu!“ zogen sie unter lebhafter Knallerei durch die Straßen, während schon vorher ein siebzehnjähriger Jäger, angeblich, weil er mit dem Gewehr nicht umzugehen verstand, durch einen Schuß einem Arbeiter das Bein zerschmettert hatte. Die Rechtssozialisten verlangen von ihrem Parteifreund Noske Abberufung der Truppen. Bisher natürlich erfolglos. Die Jäger setzen sich zumeist aus unreifen Burschen vom Lande zusammen, die durch den hohen Sold und das Nichtstuerleben bei der Noskegarde angezogen wurden. Die Landwirtschaft ist dadurch von Arbeitskräften entblößt; die reiche mecklenburgische Getreideernte dient nicht zum geringsten aus diesem Grunde den Mäusen vielfach zum Fraß!! Die denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen Wismars verlassen in Massen die Partei des Herrn Noske.

Monarchischer Veitstanz.

Die Hamburger Volkszeitung berichtet von einem unerhörten Verhalten der Reichswehrtruppen. Am 25. Juli hatte die Direktion des Alsterpavillons die Bahrenfelder Freiwilligen eingeladen, um sie für ihre Dienste während der Unruhen zu bewirten. Man geriet immer mehr „in Stimmung“, und als die Kapelle Deutschland über alles spielte, sang alles stehend mit. Aber es kam noch besser: auch Heil dir im Siegerkranz wurde angestimmt und alles stand auf und sang begeistert mit. Zwei als Gäste anwesende Soldaten, welche nicht aufstanden, wurden unter **Mißhandlungen aus dem Lokal entfernt und festgenommen.** Diese Provokation wurde sogar einem anwesenden aktiven Hauptmann zu stark, so daß er erklärte, es wäre richtiger gewesen, wenn man das Lied nicht gesungen hätte. Durch solche patriotisch-monarchische Rüpeleien will man wohl bewußt die Arbeiterschaft reizen, um nachher um so leichter einen Grund zu haben, über sie herzufallen? Was sagt Herr Noske, der doch dem Republikanischen Führerbunde gegenüber erklärt hat, er wende sich gegen die Politik im Heere (wenn sie republikanisch ist Red.) zu dieser Revolution monarchistischer Helden?

Demokraten und Regierung.

Zwei Seelen wohnen in der Brust der demokratischen Partei. Die eine kann die Zeit nicht abwarten, wieder mit an der Regierung beteiligt zu sein, die andere glaubt, die Konjunktur durch etwas länger fortgeführten Verzicht besser nutzen zu können. Die deutsche demokratische Fraktion beeilt sich, erklären zu lassen, daß sie über die Möglichkeit des Wiedereintritts in die Regierung keinerlei Entschlüsse gefaßt habe. Ein solcher Wiedereintritt könne auch nicht ohne eine vorausgegangene gründliche Klarstellung aller politischen Voraussetzungen erfolgen.

In der Fraktion hat demnach die Auffassung der auf noch günstigere Konjunktur spekulierenden Politiker die Mehrheit. Das Berliner Tageblatt hält den Wiedereintritt der Demokraten für eine politische Notwendigkeit. Nicht zumindest, um bei den kommenden Wahlen eine um so kompaktere Majorität gegen die — — lassen wir das Blatt selbst reden:

„Die Wahlen werden aller Voraussicht nach **eine Schwächung der Mehrheitssozialisten zugunsten der Unabhängigen bringen.** Da diese die Mitwirkung in einer Verbindung mit nichtsozialistischen Parteien ablehnen, muß die Koalition zwischen den drei Parteien um so mehr vor den Wahlen gefestigt werden, als bei starkem sozialistischen Mandatsverlust die gegenwärtige klerikal-sozialistische Koalition leicht keine tragfähige Mehrheit behalten könnte.“

Allerdings: Verständigung, Zugeständnisse sind vonnöten. Zu erörtern sei, ob die Demokraten einfach in die gegenwärtige Regierung eintreten oder die Bildung eines neuen Kabinetts fordern sollten. Sie werden schon ihren Vorteil finden, zumal die Rechtssozialisten in ihrer Sorge um den drohenden Mandatsverlust zu jedem Zugeständnis bereit sein werden.

Zur Vereinheitlichung des Steuerwesens.

Berlin, 5. August. Der Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung beschäftigte sich gestern unter Hinzuziehung der Fraktionsführer mit dem Plan der Reichsregierung, **die Verwaltung der direkten Steuern auf das Reich zu übernehmen.** Der von mehreren Parteien erhobenen Forderung der Einberufung der Landesversammlung für den 12. August wurde von dem Vertreter des Reichsfinanzministeriums entgegengehalten, daß die Reichsregierung nicht bis zur nächsten Woche warten könne. Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei machte für seine Person, ohne seine Fraktion zu binden, Bedenken und Vorschläge geltend. Nach langer Debatte ergab sich Einstimmigkeit darüber, daß die Vertreter Preußens im Staatenausschuß dem Plan der Reichsregierung nur dann zustimmen, wenn in den Steuergesetzen Sicherungen dafür vorhanden sind, daß **die Einzelstaaten und Gemeinden nicht durch Mangel an Mitteln ihres Eigenlebens beraubt werden.**

Diese Stellungnahme ist nicht ganz klar. Grundsätzlich muß man es als einen Fortschritt bezeichnen, wenn das Reich ein völlig durchgegliedertes einheitliches Steuersystem aufstellt. Den Staaten und den Gemeinden muß das Recht zustehen, Zuschläge zu den Steuern zu erheben und die Abgaben so zu gestalten, wie es den besonderen Bedürfnissen entspricht. Die Staaten verlieren dann nur „im Prinzip“ die sogenannte Steuerhoheit, in der Praxis bekommen sie Möglichkeiten genug, um sich Einnahmen zu verschaffen. Eine Vereinheitlichung des Steuerwesens ist unter allen Umständen anzustreben.

Ueber die Besetzung der Rheinlande

haben die Ententemächte eine Note erlassen, die eine Abkürzung der fünfzehnjährigen Besetzungsperiode in Aussicht stellt. Es heißt da: Wenn Deutschland zu einem früheren Termin den Beweis seines guten Willens und die erforderlichen Garantien gegeben hat, um die Ausführung seiner Verpflichtungen sicherzustellen, werden die daran interessierten Mächte bereit sein, der Besetzungsperiode früher ein Ende zu machen. Die Summe, die Deutschland für die Unterhaltung des Besatzungsheeres auszugeben habe, solle 240 Millionen Goldmark nicht übersteigen.

Deutsche Partei im abgetretenen Osten.

Dirschau, 4. August. Die Bildung einer deutschen Partei für die abgetrennten Gebiete von Posen und Westpreußen ist von den Landesverbänden der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, den deutschen Volksräten der abzutretenden Teile dieser Provinzen und der Deutschen Vereinigung in Bromberg beschlossen worden. Die neue deutsche Partei will alle Deutschen in den abzutretenden Teilen von Posen und Westpreußen ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu den bisherigen deutschen Parteien zu dem Zwecke zusammenschließen, das Deutschtum in den an Polen gelangenden Teilen dieser beiden Provinzen zu erhalten und die Interessen aller Deutschen zu wahren. Die Hauptgeschäftsstellen befinden sich in Bromberg und Graudenz. — Daß diese Partei zugleich politisch reaktionär sein wird, ist schon durch ihre gegenrevolutionäre Gründer erwiesen. Welche Wirkung die Parteigründung auf die Polen haben wird, läßt sich voraussehen.

Ueber Meutereien in Posen läßt sich der Vorwärts berichten: Die Unzufriedenheit der Soldaten über das polnische System nähme immer mehr zu. Die polnischen Volksbeglücker glaubten, mit Strafen, Verhaftungen, Unterdrückung der öffentlichen Meinung, das Volk zur Raison zu bringen. **In Posen werde jede sozialistische Propaganda mit dem Tode bestraft.**

Direkte Verhandlungen zwischen Preußen und Polen beginnen am Mittwoch in Berlin.

Der Freistaat Danzig wird nicht besetzt. Versailles, 4. August. Intransigeant meldet: Der Oberste Rat der Alliierten habe sich nicht über die Frage der militärischen Besetzung von Danzig einigen können. Danzig bleibe deshalb ohne militärische Besetzung.

Vorwärts in Mecklenburg. Im Kampfe gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihre Schildhalter, die Scheinsozialisten, macht die U. S. P. auch in Mecklenburg erfreuliche Fortschritte. Fast alle Ortsgruppen können beträchtliche Steigerungen der Mitgliederzahlen melden. In den letzten 14 Tagen traten die Ortsgruppen Penzlin und Siggelkow der S. P. D. geschlossen zu uns über. In Krakow und Waren wurden Ortsgruppen der U. S. P. D. neu gegründet. Bei der unlängst vollzogenen Arbeiterratswahl in Plau erhielten die Rechtssozialisten ganze 0 Stimmen, während die Liste der U. S. P. 128 Stimmen auf sich vereinigte. Die Rechtssozialisten fürchten sich allerorts vor dem Strafgericht der empörten Arbeiterschaft, deshalb ersuchen diese „Hüter der Demokratie“ Neuwahlen der Arbeiterräte zu vereiteln.

Beitritte zum Völkerbund

Nach den Versailler Vertragsbestimmungen **über den Völkerbund** haben bekanntlich die neutralen Staaten das Recht, ihren Beitritt zum Völkerbunde zu erklären. **Als erstes Land** hat nunmehr Spanien von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Der spanische Senat hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den sich Spanien dem Völkerbund anschließt.

Bern, 4. August. Der Bundesrat hat heute in zwei außerordentlichen Sitzungen den Text der Botschaft, betreffend den **Beitritt der Schweiz zum Völkerbund** behandelt und einstimmig beschlossen, bei den eidgenössischen Räten den Beitritt in Form eines Zusatzartikels zur Bundesverfassung zu beantragen.

Bürgerlicher Block in Frankreich. Die ersten französischen Parlamentswahlen nach dem Kriege, die von den Sozialisten mit Sehnsucht erwartet werden, um dem Lande kund zu tun, wie wenig die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190805-10/fragment/page=0002

geringe Zahl ihrer Vertreter in der Kammer dem heutigen Willen des französischen Volkes entspricht, sind nunmehr endgültig auf den 26. September festgesetzt. Wie bereits berichtet, wird der Wahlkampf voraussichtlich die bürgerlichen Parteien in einem Block gegen die Sozialdemokratie vereinen.

Personenverkehr nach Dänemark. Kopenhagen, 4. August. Amtlich wird bekanntgemacht, daß vom 5. August ab die Eisenbahnverbindung zwischen Kopenhagen und Deutschland über Gjedser—Warnemünde mit dem neuen 8 Uhr 20 Min. von hier abgehenden Schnellzug durchgeführt wird.

Der Schweizer Streik.

Der Generalstreik soll gescheitert sein! So melden bürgerliche Nachrichtenquellen. In Bern haben die Arbeiterunion und die Gewerkschaften die Beteiligung am Streik abgelehnt, in **Biel** ist der Generalstreik beschlossen worden.

Basel, 4. August. Das Gebäude des Baseler **Vorwärts** wurde militärisch besetzt, die Abendausgabe des Vorwärts beschlagnahmt. Die beiden Sozialistenführer Meister und Weng, letzterer Präsident der Eisenbahner, wurden verhaftet.

Zürich, 4. August. Die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich beschloß mit 263 gegen 100 Stimmen, den Streik fortzusetzen.

Die Delegiertenversammlung der Schweizer Arbeiterunion in Olten beschloß, keinen schweizerischen Generalstreik zu erklären, sondern die Aktion den örtlichen Arbeiterunionen zu überlassen.

Die Reaktionäre denunzieren die Bewegung als „bolschewistisch". Zürich, 4. August. Das Kartell der christlich-sozialen Gewerkschaften lehnt den Streik ab, da es sich um einen Versuch bolschewistischer Umstürzler handle, die Macht an sich zu reißen. In einem Aufruf heißt es: Der Hauptmacher dieses Streiks habe erklärt, daß **am kommenden Donnerstag eine Räteregierung in der Schweiz am Ruder sein werde.**

In Zürich ist die gesamte aufgebotene Infanterie und Kavallerie in die Stadt eingerückt und hat die öffentlichen Gebäude, die Banken und die großen industriellen Betriebe sowie die Hauptstraßen besetzt. — **Die Schweiz lernt sehr schnell die Noskesche Methode.**

Die Polizeistreiks in England.

In Liverpool fanden bei den Plünderungen infolge des Polizeistreiks 200 Verhaftungen statt. Weitere 1600 Mann Truppen sind in Liverpool eingetroffen. Auf einer Versammlung der Gewerkschaften in Liverpool wurde der allgemeine Sympathiestreik mit der Gewerkschaft der Polizisten beschlossen. — In Birmingham sind 400 Polizisten in den Ausstand getreten. Gestern plünderte der Mob die Läden in Birkenhaed.

Der Hochverratsprozeß in Wilhelmshaven.

23 Jahre Festungshaft.

Wie schon gemeldet, wurde am Freitag der Prozeß gegen die Kommunisten Jörn, Bock, Schneider und Weiland nach 16tägiger Verhandlung zu Ende geführt.

Der Anklage lagen folgende Vorgänge zugrunde. Am 11. Januar versuchten die Berufssoldaten (Deck- und Unteroffiziere der Marine) die damalige Regierung, den 21er Rat mit dem Präsidenten Kuhnt zu stürzen. Der Plan wurde, noch in Ausführung begriffen, von revolutionären Truppen vereitelt. Damals fand sich kein Staatsanwalt, der eine Anklage auf Hochverrat konstruierte, um die Putschisten auf die Anklagebank zu bringen.

Ganz anders aber am 27. Januar. Die revolutionären Obleute der A.- und S.-Räte befürchteten, daß der 21er Rat durch reaktionäre Bestrebungen nach rechts gedrängt werde. Gegen diese reaktionären Bewegungen sollte der 21er Rat gestützt werden. Es sollte zu diesem Zweck am 27. Januar eine bewaffnete Demonstration stattfinden. In der Nacht haben die Berufssoldaten die Kaserne der 2. Matrosendivision besetzt. Darauf besetzten die revolutionären Truppen und das Arbeiterbataillon die wichtigsten Punkte der Stadt, u. a. auch die Reichsbank, doch schienen sich die Truppen dort nicht lange halten zu können. Darauf entschloß sich Jörn, das Geld der Reichsbank (7 Millionen) nach dem Sitz der revolutionären Truppen und des Arbeiterbataillons zu überführen. Als dies bekannt wurde, war der willkommene Anlaß zu einer wüsten Hetze gegen die Revolutionäre gefunden. Der 21er Rat veranlaßte die Rückzahlung des Betrages an die Reichsbank. Die Gegenrevolution wollte jedoch die Gelegenheit benutzen, um dem verhaßten 21er Rat das Lebenslicht auszublasen. Unter der Leitung des Kommandos der Nordseestation wurde die Kaserne der Revolutionäre umstellt, Kanonen in Stellung gebracht und alles getan, um die Revolutionäre mit blutiger Faust niederzuwerfen. Diese schickten Parlamentäre aus, die wurden gefangen gesetzt. Sie versuchten Verhandlungen anzubahnen, baten, das Feuer einzustellen, erhielten aber die Antwort, mit Spartakisten wird nicht verhandelt, die werden in Grund und Bodengeschossen. 7 Tote und 52 Verwundete waren zu beklagen. —

Als belastendes Moment legte die Anklage Flugblätter vor, in denen die Räterepublik proklamiert wurde. Die Angeklagten sagten aus, das seien nur Entwürfe gewesen. Trotzdem hat man hieraus die Anklage auf Hochverrat destilliert. Es war außerordentlich bezeichnend, daß der Erste Staatsanwalt erklärte, er habe nie etwas von einer Republik Oldenburg-Ostfriesland gehört, obwohl doch auch der unbefangenste Zeitungsleser unzählige Male davon gelesen hat. Der Verteidiger, Genosse Dr. Herzfeld, legte zahlreiche Verordnungen des 21er Rates und Regierungsakte des Präsidenten Kuhnt vor. Bemerkenswert ist noch, daß der Korvettenkapitän Ehrhardt, der damalige Führer der Berufssoldaten, heute Kommandeur der 2. Marinebrigade, dieselbe Noskebrigade, die vor ganz kurzer Zeit mit klingendem Spiel und schwarzweißroten Fahnen in das Berliner Schloß einzog und dort die Kriegsflagge hißte, wegen „Krankheit" nicht erscheinen konnte. Das Herr Noske bei dem Kampf gegen die Revolutionäre seine Hand ebenfalls im Spiele hatte, beweist folgendes Telegramm vom 18. Januar:

„Wenn in Berlin Ruhe und Ordnung geschaffen, wird in Wilhelmshaven gleiches erfolgen. Noske."

Auf Grund des Paragraphen 81 wurden die Angeklagten wegen Hochverrats wie folgt bestraft: 1. der Angeklagte Jörn zu 7 Jahren Festungshaft; 2. der Angeklagte Bock zu 6 Jahren Festungshaft; 3. der Angeklagte Schneider zu 5 Jahren Festungshaft; 4. der Angeklagte Weiland zu 5 Jahren Festungshaft.

Aus der Provinz.

Betriebs-Reaktionäre.

Zum Streik auf dem Mansfeldischen Kupfer- und Messingwerk.

Aus der Nachricht über den Mansfelder Streik war zu ersehen, daß die dortige Arbeiterschaft besonders über den Direktor des Werkes erbittert war, so daß dessen Absetzung eine der Hauptstreikforderungen geworden ist. Dieser Herr Dr. Busse und der Oberingenieur Hüster haben nun eine derartige Kriegsvergangenheit hinter sich, daß es kein Wunder ist, wenn die Arbeiterschaft sich gegen diese Betriebstyrannen endlich einmal auflehnt. Wie beide Herren gegen die Arbeiterschaft, hauptsächlich während der Kriegszeit vorgegangen sind, spottet einfach jeder Beschreibung. Fast kein Tag verging, an welchem die Arbeiter nicht durch neue Verordnungen und Befehle geknebelt und bis aufs Blut gepeinigt wurden. Strafen wegen ganz geringen Kleinigkeiten, Entlassungen und militärische Einziehungen von unliebsamen Personen waren an der Tagesordnung. Die Drohung mit dem Schützengraben spielte die Hauptrolle. Eine Beschwerde an höherer Stelle über Schützengrabendrohung des Obering. Hüsters gegen reklamierte Arbeiter ging überhaupt nicht durch. Die Lohndrückerei grenzte ans unbeschreibliche. Langjährig erfahrene Elektropraktiker erhielten 1917 den hohen Lohn von 42 Pf. in der Stunde. Ungelernte Arbeiter (Familienväter) erhielten 30 Pf.

Diesen Zustand zu beendigen, wurde dem Arbeiterausschuß, welcher erst im Juni 1917 auf Grund der Hilfsdienstpflicht gewählt werden mußte, denn bis dahin kannte man noch keinen, zur Aufgabe gemacht. Dieser reichte eine Liste unter der Arbeiterschaft herum, worin ein jeder die Lohnforderungen unterzeichnete. Dieses Material legte der Ausschuß dem Herrn Busse in der Verhandlung vor. Antwort: Glatte Ablehnung! Daraufhin wurde der Schlichtungsausschuß in Sangerhausen angerufen. Indessen reichte die Direktion eine Gegenliste herum, worin die Arbeiter unterzeichnen sollten, daß sie mit ihrem Lohn zufrieden seien. Da fast alles Reklamanten waren, bildete sich das Gespräch, wer nicht unterschreibt, wird eingezogen, und die Mehrzahl unterschrieb. Daraufhin wurden die zehn aktiven und zwanzig inaktiven Ausschußmitglieder einfach zum Teufel gejagt. Angeblich nicht wegen ihrer revolutionären Gesinnung, sondern weil sie minderwertige Arbeiter waren. Damals hatte der Oberingenieur Hüster die Stirn, von einem Werkmeister, welcher der elektrischen Abteilung des Werkes vorstand, zu verlangen, er solle erklären, die bei ihm beschäftigten Ausschußmitglieder Schönkäß und Vogt seien als minderwertige Arbeiter nicht mehr zu gebrauchen, und er solle ihre sofortige Entlassung fordern. Dem Werkmeister als abhängigen Beamten blieb nichts anderes übrig, als die Entlassung zu beantragen. Die 30 Mann, mit dem jetzigen Arbeiterratsmitglied zu Hettstedt, Bauerhin an der Spitze, mußten gehen und gingen, weil damals unter der furchtbaren Militärknute von Solidarität unter den Arbeitern nichts zu spüren war. Das ist, neben so vielen anderen Eingriffen in die Arbeiterrechte, nur ein skandalöser Fall, den wir herausgegriffen haben.

Das persönliche Verhalten des Dir. Dr. Busse gegen die Arbeiter war direkt verachtungsvoll. Er betrachtete die Arbeiter nicht als Menschen, sondern als Maschinen, welche ununterbrochen Tag wie Nacht schaffen sollten für ganz geringe Hungerlöhne. Als eines Tages der Tischler Lohmann Herrn Busse im Betriebe begegnete, und der Arbeiter als viel zu anständiger Mensch seinen Vorgesetzten grüßte, wurde er von dem Herrn wie folgt zurechtgewiesen: „Wir haben hier keine Zeit zum Grüßen, scheren Sie sich an ihre Arbeit." Ein anderer krasser Fall bei Kriegsausbruch: Der Chauffeur des Dr. Busse, Hübner, wurde eingezogen. Da er Familie hinterließ, versprach ihm der Doktor für die Unterhaltung seiner Frau Sorge zu tragen. Aber der Herr Doktor kümmerte sich blutwenig um die Familie und überließ sie in ihrer Not dem Schicksal.

So hat es diese Direktion durch ihr brutales Vorgehen verstanden, es dahin zu bringen, daß nun die Arbeiterschaft Mann für Mann eine Einheitsfront bildet gegen solche Unterdrücker und gegen deren Abgott, das Kapital. Denn wie soll man die Glieder loben, kommt doch das Aergernis von oben! Auch diese beiden Tyrannen sind nur konsequente Vertreter des furchtbaren kapitalistischen Unterdrückersystems gewesen, das die Arbeiterschaft stürzen wird!

Eisleben. Gemeindevertreterkonferenz. Die Konferenz der Stadtverordneten und Gemeindevertreter des Seekreises und Eislebens war von zirka 100 Genossen besucht. Stadtv. Osterburg-Halle referierte in zweistündiger Ausführung über die Pflichten und Rechte der Vertreter mit der Auslegung, daß jeder zu solchem Amte Berufene an seinem Teile zum Aus- und Aufbau des sozialistischen Staates beitragen müsse. Die Aussprache war eine recht ergiebige. Aus Helfta wurde geklagt, daß der neue Ortsschulze, Genosse Schmidt, sein Amt von seinem Vorgänger ohne jegliche Aufstellung des Gemeindevermögens, ohne Tilgungspläne, überhaupt ohne jegliche Nachweise übernehmen mußte. Alles habe er erst sich selbst zusammensuchen müssen. Noch jetzt seien 30 000 Mark Kriegsanleihe zur Einlösung präsentiert, die die alte Vertretung bewilligt habe. Aus Teutschenthal wurde über das vorgefundene Elend im Armenhause geklagt; dort habe die Bettstelle eines Insassen nicht einmal Holzfüße gehabt, sie stand auf Backsteinen. Genosse Märker forderte Zusammenschluß der beiden Gemeinden. In Helbra hat sich der Schulze 1000 Mk. vom Wirtschaftsausschuß bewilligen lassen, wozu dieser gar kein Recht habe. Natürlich muß das Geld zurückgezahlt werden, wenn die Gemeinde es ihm nicht bewilligt. In Volleben muß die Gemeinde noch Kirchenrenten nach einer alten Observanz zahlen. Hoffentlich wird mit diesem Plunder bald Schluß gemacht. Die Schulfrage erfuhr mannigfaltige Beleuchtung. So muß ein Lehrer 90 Kinder unterrichten, in Unter-Rißdorf sogar 60 und 60 Kinder an einem Tage. Auch die Mißstände, welche auf Anordnung des Landrats bei der Gemeindewahl im März sich ergaben, wonach die gewählten Vertreter in den Ortsvorstand übertraten und gleichzeitig als Vertreter weiterfungierten, wurden kritisiert. Die Beschlagnahme von Wohnungen, Enteignung seitens des Riebeckwerkes, die Lustbarkeitssteuer, Ueberteuerungszuschüsse des Staates bei Bauten und viele andere Fragen wurden beantwortet. Richtlinien zur Geschäftsordnung in den Gemeindevertreterversammlungen sollen den Vertretern zugehen. Im zweiten Teil gab Genosse Christange die Handhabung der neuen Gemeindeverfassungsgesetze bekannt. Gen. Christange empfahl, für die Neuwahlen der Ortsvorsteher usw. Männer in Vorschlag zu bringen, die soziales Verständnis und festen Charakter mitbringen. Am nächsten Sonntag sollen die Kreis- und Gemeindevertreter sowie die Arbeiterräte der Amtsbezirke zusammentreten und die Vorschläge machen. Eine Mitteilung der Vorgeschlagenen an den Kreisvorstand ist erwünscht. Ferner wurde noch die Wahl des Provinziallandtages erörtert. Auch damit müssen die Kreisvertreter sich beschäftigen. Leider mußte gegen 4 Uhr mit der Aussprache abgebrochen werden. Die Gemeinde- und Amtsbezirke des Gebirgskreises werden nochmals ersucht, recht bald sich ebenfalls mit dieser Materie zu beschäftigen. Anfragen werden gern vom Kreisvorstand erledigt.

Schraplau. Oeffentliche Versammlung. Morgen, Mittwoch abend, findet eine Volksversammlung im Bürgergarten statt, auf die wir hier hinweisen, da zu wenig Zeit war, sie vorher genügend bekanntzumachen. Genosse F. Huth-Eisleben spricht über die Politische Lage.

(Weitere Provinz in der Beilage.)

Der Teufel.

51 Erzählung von Leo Tolstoi. Nachdr. verb.

6.

Vor Anbruch des Frühlings kam er nach Semjonowskoje, um verschiedene Wirtschaftsangelegenheiten zu regeln, vor allem aber, um im Hause, wo die Vorbereitungen zur Hochzeit bereits im Gange waren, nach dem Rechten zu sehen.

Maria Pawlowna war mit der Wahl des Sohnes unzufrieden, jedoch nur aus dem Grunde, weil die Partie nicht so glänzend war, wie sie hätte sein können, und weil ihre Warwara Alexandrowna, die zukünftige Schwiegermutter ihres Sohnes, nicht gefiel. Sie wußte nicht, ob sie gut oder schlecht war, und das interessierte sie auch nicht; aber sie hatte bereits beim ersten Blick erkannt, daß sie nicht „comme il faut", daß sie keine „Lady" war, und das betrübte sie. Es machte ihr Sorgen, weil sie diese äußere Korrektheit aus Gewohnheit schätzte; sie wußte, daß auch Eugen in dieser Beziehung sehr feinfühlig war, und sah infolgedessen für ihn viel Aerger voraus. Die Tochter aber gefiel ihr, hauptsächlich darum, weil sie Eugen gefiel. Man mußte sie einfach liebgewinnen, und Maria Pawlowna war von Herzen gern dazu bereit.

Eugen traf die Mutter sehr vergnügt und zufrieden an. Sie war eifrig dabei, alles im Hause in Ordnung zu bringen, und traf Anstalten, um gleich nach Ankunft der jungen Frau selbst abzureisen. Eugen drang in sie, doch dazubleiben, und die Frage blieb vorläufig offen. Am Abend, nach dem Tee, legte Maria Pawlowna wie gewöhnlich Patience. Eugen saß dabei und half ihr. Das war die Zeit der intimsten, vertraulichsten Gespräche. Nachdem eine Partie beendet war, blickte Maria Pawlowna ihren Sohn an und begann darauf mit ein wenig stockender Stimme:

„Ich wollte dir noch etwas sagen, lieber Eugen. Ich weiß natürlich nichts weiter, doch möchte ich dir jedenfalls ganz im allgemeinen raten, vor der Hochzeit alle Junggesellenangelegenheiten unbedingt in Ordnung zu bringen, damit weder du, noch, was Gott verhüten möge, deine Frau durch irgend etwas belästigt wird. Du verstehst mich doch?"

Eugen begriff sofort, daß Maria Pawlowna von seinen Beziehungen zu Stepanida, die er seit dem Herbst abgebrochen hatte, unterrichtet war und auf sie anspielte, und daß sie, wie alle alleinstehenden Frauen, diesen Beziehungen eine weit größere Bedeutung beimaß, als sie in den Augen der Männer besitzen. Eugen errötete nicht sowohl vor Scham, als vor Aerger darüber, daß die gute Maria Pawlowna, wenn auch in guter Absicht, ihre Nase in Dinge steckte, die sie nichts angingen, die sie nicht begriff und nicht begreifen konnte. Er sagte, er habe nichts zu verbergen und habe sich stets so betragen, daß nichts seiner Heirat hindernd in den Weg treten könne.

„Nun, das freut mich, lieber Junge. Nimm's mir, bitte, nicht übel!" sagte die Mutter verlegen. Aber Eugen sah, daß sie noch nicht alles gesagt hatte, was sie hatte sagen wollen, und nachdem sie ein Weilchen gezögert, begann sie in der Tat zu erzählen, daß sie in seiner Abwesenheit gebeten worden sei, bei den Petschnikows Taufpatin zu sein.

Jetzt flammte Eugens Gesicht nicht mehr vor Aerger auf, und auch nicht vor Scham, sondern in dem beklemmenden Vorgefühl, daß das, was er sogleich vernehmen würde, etwas sehr Wichtiges sei. Ganz unwillkürlich überkam ihn dieses Vorgefühl, das mit seinen Worten und Erwägungen in schroffem Gegensatz stand, sich jedoch als vollkommen zutreffend erwies. Nur so von ungefähr, als ob es sich lediglich um die Fortsetzung der Unterhaltung handle, bemerkte Maria Pawlowna, es würden in diesem Jahre lauter Knaben geboren — offenbar könne man auf einen Krieg gefaßt sein. So sei es bei den Wassins gewesen, und bei den Ptschelnikows, wo das junge Frauchen auch zuerst einen Knaben geboren habe. Maria Pawlowna wollte das alles ganz harmlos erzählen, doch hatte sie selbst ein Gefühl der Beschämung, als sie bemerkte, wie ihr Sohn errötete, wie er nervös den Kneifer auf und ab nahm und hastig eine Zigarette anzündete, und so schwieg sie. Auch Eugen schwieg und wußte nicht, wie er das Schweigen brechen sollte. So begriffen sie beide, daß sie einander verstanden hatten.

„Ja, die Hauptsache im Dorfe ist die Gerechtigkeit — es darf keine Günstlinge geben, wie bei deinem Onkel."

„Ich weiß, liebe Mutter," sagte Eugen plötzlich — „ich weiß, warum Sie das sagen. Sie beunruhigen sich ganz ohne Grund. Mein zukünftiges Familienleben ist mir ein Heiligtum, das ich nie verletzen werde. Und was früher, in meiner Junggesellenzeit, gewesen ist, das ist alles begraben. Ich habe nie irgendwelche Verpflichtungen übernommen, und niemand hat irgendwelche Rechte an meine Person."

„Nun, das freut mich," sagte die Mutter, „ich kenne ja deine vornehme Denkweise."

Eugen nahm diese Worte der Mutter als einen ihm gebührenden Tribut hin und verstummte.

Am folgenden Morgen fuhr er in die Stadt und dachte unterwegs an seine Braut und an alles in der Welt, nur nicht an Stepanida. Doch als ob er mit Gewalt an sie erinnert werden sollte, traf er, als er sich der Kirche näherte, auf eine Schar von Leuten, die zu Fuß und zu Wagen von dort herkamen. Er sah den alten Matwjej und Semjon, dann ein paar Kinder und junge Mädchen und zuletzt zwei Frauen, eine ältere und eine jüngere in grellrotem Feiertagskleide, die ihm bekannt vorkam. Sie schritt leicht und elastisch daher und trug einen Säugling im Arm. Als er an ihnen vorüberkam, begrüßte ihn die ältere Frau nach altem Brauch, indem sie stehen blieb, während die junge mit dem Kinde nur den Kopf neigte und ihn unter dem Kopftuche hervor mit den ihm bekannten, lachenden, munteren Augen anblitzte.

Ja, das war sie. Doch das war ja alles zu Ende, warum sollte er sie also noch ansehen? „Vielleicht ist es mein Kind?" ging's ihm durch den Sinn. Ach, Unsinn! Sie hatte ja einen Mann, hatte auch mit ihm verkehrt. Er nahm sich nicht einmal die Zeit nachzurechnen. Es war bei ihm einmal beschlossene Sache, daß es sich für ihn nur um etwas gehandelt hatte, das für seine Gesundheit notwendig war — er hatte Geld gezahlt, und damit war die Sache erledigt. Irgendein Verhältnis hatte zwischen ihnen nicht existiert, existierte auch jetzt nicht, konnte und durfte nicht existieren. Er brauchte nicht einmal sein Gewissen einzuschläfern, es hatte sich überhaupt in dieser Angelegenheit nicht geregt. Er dachte nach der Unterredung mit der Mutter und dem Zusammentreffen auf der Dorfstraße kein einziges Mal mehr an sie zurück und traf sie auch in der Folge kein einziges Mal.

Am Sonntag nach Ostern wurde seine Hochzeit in der Stadt gefeiert, und gleich darauf begab er sich mit seiner jungen Frau auf das Gut. Das Wohnhaus war, wie üblich, für die jungen Eheleute hergerichtet. Maria Pawlowna wollte fortziehen, aber Eugen und namentlich Lisa baten sie dazubleiben, und so siedelte sie nur nach dem Seitenflügel über.

Und nun begann für Eugen ein neues Leben.

7.

Das erste Ehejahr war für Eugen sehr schwer. Die wirtschaftlichen Sorgen, die er während der Bräutigamszeit, soweit es ging, aufgeschoben hatte, brachen nun, nach der Hochzeit, mit einem Male über ihn herein.

Es erwies sich als unmöglich, die Schuldenlast loszuwerden. Der Wald war zwar verkauft, und die dringendsten Schulden waren getilgt; doch blieben immer noch Schulden genug, und Geld war nicht vorhanden. Das Gut warf zwar recht schöne Einkünfte ab, aber der Bruder mußte unterstützt werden, die Hochzeit kostete Geld, so daß alle Barmittel draufgingen und die Zuckerfabrik wegen Mangels an Betriebskapital stillstehen mußte. Das einzige Mittel, aus dieser schwierigen Lage herauszukommen, war, das Geld der Frau in die Wirtschaft zu stecken. Lisa, der die Verlegenheiten ihres Mannes nicht entgingen, bestand selbst darauf, daß dieser Ausweg eingeschlagen wurde. Eugen willigte ein, doch nur unter der Bedingung, daß die Hälfte des Gutes urkundlich auf den Namen seiner Frau eingetragen werde. Er tat das natürlich nicht seiner Frau wegen, die sich dadurch beleidigt gefühlt hätte, sondern aus Rücksicht auf die Schwiegermutter.

Diese geschäftlichen Angelegenheiten, bei denen Erfolg und Mißerfolg einander ablösten, waren nur der eine dunkle Schatten, der in diesem ersten Jahr auf Eugens Leben fiel. Ein anderer störender Umstand war der schlechte Gesundheitszustand seiner Frau. Sieben Monate nach der Hochzeit, im Herbst, stieß ihr ein Unfall zu. Sie war ihrem Manne, der aus der Stadt zurückkehrte, in einem Stuhlwagen entgegengefahren, als das sonst ruhige Pferd plötzlich scheute. Lisa erschrak und sprang aus dem Wagen. Der Sprung war verhältnismäßig glücklich abgelaufen — sie hätte dabei leicht an einem Rade hängen bleiben können — aber sie war bereits schwanger, und in der folgenden Nacht stellten sich Schmerzen bei ihr ein. Sie hatte eine Fehlgeburt und konnte sich danach lange nicht erholen. Der Verlust des erwarteten Kindes, die Krankheit der Frau, die damit verknüpfte Unordnung im Haushalt und namentlich die Anwesenheit der Schwiegermutter, die sogleich nach Lisas Erkrankung eingetroffen war, alles das machte ihm das erste Ehejahr besonders schwer und drückend.

Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse jedoch fühlte sich Eugen am Ende des Jahres sehr wohl. Erstens begann sein Lieblingsplan, die großväterliche Epoche in neuen Formen wieder aufleben zu lassen, sich, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, allmählich zu verwirklichen. Jetzt konnte keine Rede mehr davon sein, das Gut der Schulden halber zu verkaufen. Das Stammgut war zwar auf den Namen der Frau übertragen, aber doch immerhin gerettet, und wenn nur die Rübenernte gut ausfiel und die Preise sich hielten, konnte für das kommende Jahr statt der bisherigen Not und Unsicherheit voller Wohlstand erwartet werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190805-10/fragment/page=0003
DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von **Kunsthonig** und **Speisesirup** beginnt am Mittwoch, den 6. August 1919. Für jede Person eines Haushaltes können 150 Gramm feinster Speisesirup und ½ Pfund Kunsthonig abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für Speisesirup 64 Pf. für das Pfund und für Kunsthonig in gepackter Form 80 Pf., für lose Ware 78 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Ware einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe des Kunsthonigs erfolgt unter Abtrennung der Marke 373 und des Sirups unter Abtrennung der Marke 375 des Warenbezugsscheines 24.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven (Roß)

in der Talamtschule, am Mittwoch, den 6. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27001 bis 34500, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 34501—42000, nachmittags von 2 bis 6 Uhr. An Haushalte mit einer Person kann eine Einpfunddose zum Preise von 5.— Mk., an Haushalte mit 2—4 Personen kann eine Einkilodose zum Preise von 11.— Mk., und an weitere vier Personen eines Haushaltes kann noch eine Einkilodose zum Preise von 11.— Mk. abgegeben werden.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule, am Mittwoch, den 6. August.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 69001—71000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 71001—74000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm zum Preise von 20 Pf. abgegeben werden.

Kartoffelverkauf.

Der Verkauf der für diese Woche festgesetzten Kartoffelmenge hat bis einschl. Donnerstag, den 7. August zu erfolgen. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Freitag abzuliefern. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Freitag und Sonnabend findet nicht statt.

Die Inhaber von **Gastwirtschaften** werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden **Zuckermarken** und **Bezugsscheine für Saccharin**, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—G am Mittwoch, den 6., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben H—N am Donnerstag, den 7., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben O bis S am Freitag, den 8., und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben T—Z am Sonnabend, den 9. August 1919, vormittags von 8—12½ Uhr, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden **Erbsen** und **Ackerbohnen** am Mittwoch, den 6. und am Donnerstag, den 7. August 1919 abzuholen.

Merseburg.

Ausgabe von Butter- und Kunstspeisefett.

1. Am Dienstag, den 5. August 1919, auf jede Stadtfettmarke 50 Gramm Kunstspeisefett für die Woche vom 27. Juli bis 2. August und 50 Gramm Kunstspeisefett für die Woche vom 3. bis 9. August 1919, zusammen 100 Gramm Kunstspeisefett zum Preise von 105 Pf. Fettmarken mit dem roten Aufdruck L sind nur mit 50 Gramm Kunstspeisefett zu 53 Pf. zu beliefern. Auf andere Zusatzfettmarken wird Kunstspeisefett nicht abgegeben.

2. Am Sonnabend, den 9. August 1919, auf jede Stadt- und Zusatzfettmarke 50 Gramm Butter zum Preise von 90 Pf.

Merseburg, den 4. August 1919.

Zu L. A. II. 2966/19. **Das städt. Lebensmittelamt.**

Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle für Altleder- und getragene Schuhwaren, Merseburg, Karlstraße 4, Fernsprecher 591,

Dienstag, den 5. August 1919, vormittags 9—12 Uhr: Verkaufstag.

M. 581/19. **Der Magistrat.**

Eilenburg.

Kartoffelversorgung.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 ordnen wir hiermit an, daß Frühkartoffeln nur gegen die von uns ausgegebenen Marken abgegeben werden dürfen. Wer die von uns festgesetzten Preise überschreitet, wird wegen ungerechtfertigter Preissteigerung bestraft werden. Diesen Bestimmungen sind auch die Kartoffelerzeuger unterworfen.

Eilenburg, den 4. August 1919. *2072

Der Magistrat.

Frühkartoffel-Ankauf.

Wir machen die Kartoffelerzeuger darauf aufmerksam, daß sie nicht berechtigt sind, Frühkartoffeln an jedermann abzugeben. Nach der Verordnung des Kreisausschusses Delitzsch vom 21. Juli 1919 dürfen Frühkartoffeln nur an die Inhaber von Ausweiskarten, die von der Provinzial-Kartoffelstelle oder der Stadt ausgestellt sind, abgegeben werden.

Eilenburg, den 4. August 1919.

*2072 **Der Magistrat.**

Bitterfeld.

Kreis-Lebensmittelkarten.

1. In diesen Tagen kommen die neuen Kreis-Lebensmittelkarten zur Ausgabe, und zwar blaue für alle Einwohner und außerdem gelbe für Nichtselbstversorger. 2. Sobald nach Erhalt dieser Karten haben sich die Einwohner erneut bei ihrem Kleinhändler bzw. Konsumvereine, bei dem sie in die Kundenliste eingetragen sind, zu melden, und zwar unter Vorlage der Lebensmittelkarten. 3. Der Kleinhändler bzw. Konsumverein hat Nr. 1 der blauen, sowie Nr. 1 der gelben Lebensmittelkarte abzuschneiden und als Bestätigung der Anmeldung zurückzubehalten und in der Kundenliste die entsprechenden Vermerke neben dem Namen des Kunden vorzunehmen. 4. Bis zum 12. August 1919 haben die Kleinhändler (Konsumvereine) dem Kreisausschuß, Lebens- und Futtermittel-Abteilung, mitzuteilen: a) die Zahl der von ihnen eingenommenen blauen Lebensmittelscheine, b) die Zahl der von ihnen eingenommenen gelben Lebensmittelscheine. Eine Bescheinigung der Gemeindebehörde über die Richtigkeit der Angaben ist der Mitteilung beizufügen.

Bitterfeld, den 1. August 1919.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.

J. V.: Freiherr von Ende, **Kreisdeputierter.**

Veröffentlicht

Bitterfeld, den 1. August 1919.

*2076 **Der Magistrat. Schmidt.**

Speisefettverteilung

für die Woche vom 3. bis 9. August d. J.

Für die Woche vom 3. bis 9. August gelangen 50 Gramm Butter und 50 Gramm Margarine auf den Kopf der Versorgungsberechtigten zur Ausgabe. Daneben erhalten sowohl die Versorgungsberechtigten als auch die Selbstversorger eine Zulage von 50 Gramm Auslandsfett.

J. V.: **Freiherr von Ende, Kreisdeputierter.**

Veröffentlicht

Bitterfeld, den 2. August 1919.

*2076 **Der Magistrat. Schmidt.**

Gemüsepreise.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat folgende Höchstpreise bei Erbsen für Erzeuger 20 Pf., für Großhändler 30 Pf.; bei Stangen- und Buschbohnen 25, 35 Pf.; bei Wachs- und Perlbohnen 35, 45 Pf.; bei Puff- und Saubohnen 15, 23 Pf.; bei Möhren und Karotten a) gebündelt und gewaschen, Bahnversand verboten, 10, 15 Pf.; b) ohne Kraut 8, 13 Pf.; Frühkohlrabi ohne Kraut oder mit jungem Laub (Herzblättern) 7, 10 Pf.; Frühweißkohl 10, 16 Pf.; Frühweißkohl ab 8. August 7, 11 Pf.; Frühwirsingkohl 12, 18 Pf.; Frühwirsingkohl ab 8. Aug. 9, 14 Pf.; Frührotkohl 18, 24 Pf.; Frühzwiebeln (Steckzwiebeln) ohne Kraut 25, 32 Pf. je Pfund mit Wirkung ab 1. August festgesetzt.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Magdeburg.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Hinweise veröffentlicht, daß die Kleinhandelspreise in den nächsten Tagen festgesetzt werden.

Bitterfeld, den 29. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Kreises Bitterfeld.

J. V.: Freiherr von Ende, **Kreisdeputierter.**

Veröffentlicht.

Bitterfeld, den 1. August 1919.

*2076 **Der Magistrat. Schmidt.**

Verein „Ansiedlung Ost", Sitz Halle

8112 **Umständehalber findet unsere Mitglieder-Versammlung Freitag, 8. August abends 8 Uhr, im Vereinslokal statt.**

Zahlreiches Erscheinen wünscht **Der Vorstand.**

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Schraplau.

Mittwoch, den 6. August, abends 8 Uhr, im Bürgergarten:

Oeffentliche Volks-Versammlung.

Referent: Parteisekretär **Gäth-…leben.**

Männer und Frauen, erscheint **zahlreich** in dieser Versammlung. *2078 **Der Einberufer.**

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Ortsgruppe **Merseburg** u. **Leuna.**

Mittwoch, den 6. August, abends 7½ Uhr, im „Thüringer Hof" zu Merseburg:

Ausser-ordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird daselbst bekanntgegeben.

Mitgliedskarte als Ausweis. — Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder. *2078

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Gummiwaren, Spülapparate, Dauerwäsche,

Artikel zur Hautpflege.

— Fordern Sie Preisliste. —

R. Becker,

Sanitätsdepot,

Marienstrasse 1. F **Tel. 4331.**

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Kakao, garant. rein,

Qualität erstklassig. 3041

1/1 Pfd. ℳ 16.—, 1/2 Pfd. ℳ 8.—, 1/4 Pfd. ℳ 4.—

Bei 5 Pfd. Abn. ℳ 15.— pr. Pfd.

Zu den drei Glocken Paul Horlitz

Steinweg 19a, Gr. Ulrichstr. 11,

Gr. Steinstr. 44, Ludw.-Wuchererstr. 44.

Deutscher Bauarbeiter-Verband,

Bezirksverein Halle.

Für die im **Tiefbau beschäftigten Arbeiter** beträgt der Lohn ab **Freitag,** den **1. August, Mk. 1.75 pro Stunde.** Da, wo bereits ein höherer Lohn gezahlt wird, muss derselbe auch weiterhin gezahlt werden. 8102

Die Entscheidung über die geforderte Teuerungszulage im Hochbaugewerbe wird am Donnerstag, den 7. August, nachmittags 4 Uhr, in einer neuen Verhandlung herbeigeführt.

Alle Kollegen mögen hiervon Kenntnis nehmen. **Der Vorstand.**

I. A.: **Theodor Brauns, Vors.**

Volkspark.

Burgstrasse 27.

Donnerstag, den 7. August, nachmittags 5 Uhr:

Gr. Eröffnungsball

im renovierten Saale.

8097 **Die Geschäftsleitung.**

---

3 Könige, Varieté, Kl. Klausstr. 7.

Ausverkauftes Haus erzielt jeden Abend der erstklassige Spielplan. 8073

Neue Posse: Der falsche Geheimrat.

In der Hauptrolle W. Kruse, — das genügt.

B. B.B. Beth's Bunte Bühne

früher „Oberpollinger".

8095 **Täglich 7 Uhr abends, der vorzügliche Eröffnungs-Spielplan.**

Fred Marrat, Improvisator. **Frieda Kötter,** der brillante Humorist. **Anny Hennig,** Scherzlieder-Sängerin. **2 Spatscheks,** „Die Liebe ist eine Himmelsmacht". **Elsa Evers,** Stimmungskanone.

Bratwurstglöckle-Varieté.

Täglich ab nachmittag 8 Uhr: **Konzert und Varieté-Vorstellung.** Mittwoch abend:

Konkurrenz-Springen von Fred Hanso,

des unübertrefflichen Saltò mortale-Kopfspringers. Herr Hanso setzt **500 Mk. gegen 100 Mk.** und **fordert hiermit auf, starke Porzellanteller mitzubringen,** welche er mit seinen Kopfsprüngen zerbricht. 8104

Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14

Mittwoch von 5 Uhr an: 2187

Oeffentlicher Ball

Festsäle „Goldener Hirsch",

Leipziger Strasse 63. *2067 **Fernspr. 5983.**

Mittwoch, 6. August, nachm. von 6 Uhr an:

Oeffentlicher Tanz.

Meinen lieben Freunden und Bekannten, sowie einer werten Einwohnerschaft von Halle und Umgebung zur Nachricht, daß wir das **Gast- und Logierhaus** 8090

„Zur Erholung", Martinsberg 6,

vorm. **H. Kautsch, käuflich** übernommen habe.

Indem wir bitten, das meinem Vorgänger entgegen gebrachte Vertrauen auch auf uns übertragen zu wollen, zeichnen

Hochachtungsvoll

Paul Meye u. Frau.

Schützenhaus Ammendorf.

Mittwoch, 6. August, abends 6 Uhr: Tanzkränzchen.

Es ladet ein *2077 **Der Vorstand.**

Tanzunterricht

Merseburg. Thüringer Hof.

Mittwoch, den 13. August d. J., beginnt ein

Kursus für Damen und Herren ob jung oder alt. 2910

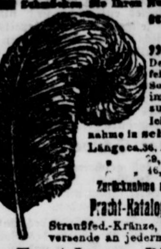
Alle Rund- u. Gesellschaftstänze, links u. rechts, in kurzer Zeit. Tanze mit jedem selbst, solange bis er es kann. Kein Garderobezwang. Saal ungeniert. Anmeldungen im Lokal erbeten.

G. Wollrath, Tanzlehrer.

Wohnung: Halle a. S., **An der Moritzkirche** 5 II

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten Straußfedern

„Leokadia".



Der reizende einzig feine Damenhutputz, Sommer und Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. Ich liefere unter Nachnahme in **schwarz und weiss.**

Länge ca. 36, Breite 15 cm, zu 5,—

„ 39, „ 15 „ „ 7,25

„ 46, „ 17 „ „ 10,75

Zurücknahme nach achttägiger Probe.

Pracht-Katalog. Größte Auswahl in Straußfedern, Straußfed.-Kränze, Halsrüsch., Reiher, versende an jedermann umsonst

Man bestelle per Postkarte. — Viele tausende Dankschreiben.

Ernst Lange, Düsseldorf,

Straußfedern-Haus *2066 Arnoldstraße 2a

Kein Ladengeschäft. Versand direkt ab Lager!

Mode-Zeitungen

empfiehlt die

Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. :: Jahresbeitrag 10 Mk. jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor

Mittwoch, d. 6. August, abends 8 Uhr, im Volkspark: **Singestunde.**

Turnverein Fichte.

Vereinslokal: Volkspark. Turnstunden finden statt: Männer-Abteilg. Norden: Dienstags und Freitags von 8 bis 10 Uhr.

Turnerinnen-Abteilung: Mittwochs v. 8 b. 10 Uhr: Oberrealschule, Staudestr.

Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5—7 Uhr.

Schülerinnen-Abteilung. Donnerstag, v. 5—7 Uhr: Volkspark-Turnhalle.

Männer-Abteilg. Süden: Montags u. Donnerstags von 7 bis 9 Uhr.

Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5—7 Uhr. Johannesschule, Liebenauerstraße.

Sonntags vormittags von 7½ bis 10½ Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiele auf d. Sandanger.

Freunde und Gäste willkommen.

Donnerstag, d. 7. Aug., abends 8 Uhr, im Volkspark: Zusammenkunft der Turnerinnen.

Sonntag, den 10. August: Spiel-Ausflug nach den Brandbergen. Abmarsch: ½3 Uhr von der Peißnitzbrücke.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"

Donnerstag, den 7. Aug., pünktlich 7 Uhr, im Stadtheim, Kl. Berlin 1: Monats-Versammlung.

Sonntag, den 10. Aug.: Zwei Wanderungen nach Bad Dürrenberg. Abf.: Sonntag früh 7.45 Uhr bis Merseburg und Corbetha. Gäste willkommen.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.

Vereinslok. Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Frauen- und Mädchenchor.

Jeden Mittwoch, ½9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Mandolinen-Zirkel Frohsinn Halle (S.)

Jeden Dienstag und Freitag: Uebungsstunden im Restaurant z. Plaudereck Auguststraße.

Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. eines jed. Monats: Vereinsabend daselbst.

Arb.-Samariter-Kol. Halle

Jed. Mittwoch nach dem 1. und 15.: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette".

Deutsch. Buchbinder-Verband.

Sonnabend, den 9. Aug., abends 7 Uhr, bei Köppchen: Versammlung. Tagesordnung: Unsere neuen Forderungen.

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.

Vereinslokal: Lindenhof.

Gesangs-Abteilung: Jed. Donnerstag 8-10 Uhr.

Dramatische Abteilung: Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.

Turn-Abteilung: Dienstag u. Freitag 8-10 U.

Wander- u. Mandolin-Abteilung:

Für Mädchen: Mittwoch ½8-½10 Uhr.

Für Burschen: Donnerstag ½8-½10 U.

Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Sonntag, den 10. Aug., im Lindenhof: Großes Volksfest.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.

Dienstag, den 5. Aug., abends ½9 Uhr in Teichmanns Restaurant:

— **Singestunde.** —

Der Vorstand.

Merseburg

Gewerkschafts Kartell Merseburg.

Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im „Thüringer Hof". **Der Vorstand.**

Familien-Nachrichten.

Danksagung.

Für die beim Tode unserer an der Ruhr verstorbenen Söhne *2074

Fritz und Walter,

21 und 22 Jahre alt, bewiesene Teilnahme und liebevollen Spenden, sprechen ihren herzlichsten Dank aus

F. Hatzmann und Frau.

Großkayna und **Lucka** (S.-A.), im Juli 1919.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, Frau 3102

Charlotte Meier geb. **Albrecht**

sagen wir hierdurch für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank den Kolleginnen und Kollegen sowie dem Chef der Schwemme-Brauerei. Dank auch Herrn Pastor Melzer für seine trostreichen Worte am Grabe.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Halle (Saale), den 4. August 1919.

Gr. Brunnenstr. 8, Advokatenweg 26 u. Eichendorffstr. 29.

Wer liebend wirkt bis ihm die Kraft gebricht,
Den vergißt man nicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190805-10/fragment/page=0004
DFG

Aus dem Stadtparlament.

Der Steuerverteilungsplan. — Die Unabhängigen lehnen den Etat ab.

Gestern wurde die Etatsberatung abgeschlossen und der Steuerverteilungsplan festgesetzt. Für unsere Fraktion faßte Genosse Koenen die Kritik zusammen, die wir an dem Etat üben. Es war nur selbstverständlich, daß die Unabhängige Sozialdemokratie, die seit jeher, auch als in Deutschland noch alles im Siegestaumel befangen war, vor der verhängnisvollen Kriegsfinanzpolitik gewarnt hat, nicht jetzt die Verantwortung übernimmt, wenn nun diese Sünden abgebüßt werden müssen. Aber auch im einzelnen konnte Genosse Koenen eine ganze Reihe von Punkten anführen, in denen man nicht nach unseren Wünschen verfahren ist, wie Polizeietat, Kirchenetat, Schulbetrieb, Neubesetzung des Magistrates und Beamtenanstellungsverhältnis. Unsere Fraktion wird daher durchaus auf die Zustimmung ihrer Wählerschaft rechnen können, daß sie den Etat abgelehnt hat. Wenn wir erst mehr Einfluß auf die ganzen städtischen Verhältnisse haben, wenn der Etat neuzeitlich nach den Wünschen der Arbeiter, nicht aber kleinlich nach spießbürgerlichen Gesichtspunkten aufgestellt wird, dann wird auch unsere Fraktion eine andere Haltung einnehmen können!

Eine große Debatte entwickelte sich nicht mehr. Nur der Bürgermeister Seydel antwortete dem Genossen Koenen und beschränkte sich darauf, die Finanzpolitik der Stadt während des Krieges zu verteidigen. Das gelang ihm nicht, und die Blamage bleibt bestehen, daß man den Phrasen der Vaterlandspartei geglaubt und gedacht hat: Die andern werden alles bezahlen!

Der Steuerverteilungsplan ist nach dem neuen Gesetz gestaffelt, womit wir im Prinzip einverstanden sind, wenngleich wir dafür eintreten, daß künftighin alle Lasten durch eine progressive Einkommensteuer zu decken sind. Der Durchschnittssteuerzuschlag beträgt nun endgültig 328 Prozent, eine horrende Summe, und auch bei den ermäßigten Sätzen der niedrigen Einkommen werden die Lasten immer noch furchtbar drückend für die ärmeren Volksschichten sein. Jetzt muß das Volk die Suppe auslöffeln, die ihm die herrschenden Klassen eingebrockt haben!

Der übrige Teil der Tagesordnung wurde gestern mit ganz bemerkenswerter Schnelligkeit erledigt. Eine längere Debatte gab es nur zuguterletzt beim Antrag des Haushaltsausschusses, den notleidenden Hallischen Künstlern 100 000 Mk. für Notstandsarbeiten zu gewähren. Natürlich hatten alle, alle ein warmes Herz für die Künstler, die bürgerlichen M . . . ünder flossen über von Sympathieerklärungen, aber man versuchte doch die Sache noch ein wenig zu verschleppen. Den Anlaß dazu gab ein Antrag des Scheinsozialisten Dürrfeld, der erst prüfen wollte, ob man die 100 000 Mk. auch ausgeben müsse. Man redete nun eine Stunde fast über diesen Antrag, um schließlich doch zu tun, was allein möglich war, nämlich den Haushaltsausschuß-Antrag anzunehmen. Herr Dürrfeld erklärte nämlich zuletzt selber, es sei ja schließlich egal. Warum er dann erst mit solchen Anträgen kommt, weiß er wahrscheinlich selbst nicht. Den Rechtssozialisten ist die Bremserei so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie gar nicht mehr anders können. Sie müssen einen „mildernden" Antrag stellen. Die Deutschnationalen haben übrigens ein besonderes künstlerfreundliches Herz, denn sie stimmten gegen den Ausschuß-Antrag. Von den demokratischen Kämpen blamierte sich diesmal Herr Winkelmann. Mit warnender Stimme erinnerte er an den Zorn der Wähler, die es nicht verstehen würden, wenn die Stadtverordneten „für alle möglichen Sachen Geld herauswürfen". Für alle möglich n Sachen! Ein Demokrat nach dem andern im Stadtparlament entpuppt sich als Philister schlimmster Güte. Die Künstler aber werden aus der Debatte gesehen haben, daß auch heute noch die Kunst sich unter die Fittiche der Sozialdemokratie begeben muß, und zwar heute unter die Fittiche der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Damit waren die Arbeiten des Stadtparlamentes erledigt, und das Haus vertagte sich nach einem Vierteljahr intensiver Arbeit. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann mit Befriedigung auf diese Zeit zurückblicken, denn sie war nicht nur die zahlenmäßig, sondern auch die moralisch stärkste Partei des Hauses. Sie hat den weitestgehenden Einfluß auf alle Beschlüsse ausgeübt und es verstanden, manche soziale Maßregel durchzudrücken. Hätte sie die Mehrheit gehabt, wären nicht die paar Scheinsozialisten dauernd zu den Bürgerlichen abgeschwenkt, so hätte noch weit Ersprießlicheres geleistet werden können.

Verhandlungsbericht.

Der Vorsteher machte Mitteilung über ein Gesuch von 30 Assistenten, die zu Sekretären aufrücken wollen. Ferner lag eine Beschwerde des Mieteinigungsamtes vor und ein Gesuch eines Petenten um Anstellung als Baukontrolleur. Die Beratung des Haushaltsplans wurde fortgesetzt und über die Kapitel

Gemeindeabgaben und Insgemein

verhandelt. Stadtv. Ritter begründete das Kapitel Gemeindeabgaben. Während bisher nach dem Kommunalabgabengesetz nur Einkommen bis zu 900 Mk. von der Gemeindeeinkommensteuer freigelassen werden konnten, für die Einkommen über 900 Mk. also eine kommunale Steuerpflicht bestand, gibt das Gesetz vom 4. Juni 1919, angesichts der herrschenden und voraussichtlich im Laufe des Jahres andauernden Teuerung, wovon die breitesten Volkskreise betroffen werden, den Gemeinden das Recht, Einkommen bis 3900 Mk. von der Gemeindeeinkommensteuer zu entlasten. Dafür sollen die Einkommen über 6500 Mk. entsprechend höher besteuert werden. Die Einkommen von 1500 Mk. bis einschl. 1650 Mk. bleiben um 90 Prozent hinter den gegenwärtigen Staatssteuertarifen zurück, von 1650—1800 Mk. um 80 Proz., von 1800—2100 Mk. um 70 Proz., bis 2400 Mk. um 60 Proz., bis 2700 Mk. um 50 Proz., bis 3000 Mk. um 40 Proz., bis 3300 Mk. um 30 Proz., bis 3600 Mk. um 20 Proz., bis 3900 Mk. um 10 Proz. zurück. Dafür werden die Einkommen über 6500 Mk. nach folgender Skala verstärkt herangezogen, und zwar von 6500 Mk. bis 8000 Mk. 1 Proz. erhöhter Staatssteuerzusatz, bis 9500 Mk. 2 Proz., bis 12 500 Mk. 4 Proz., bis 15 500 Mk. 6 Proz., bis 18 500 Mk. 8 Proz., bis 21 500 Mk. 10 Proz., bis 24 500 Mk. 13 Proz., bis 27 500 Mk. 16 Proz., bis 30 500 Mk. 19 Proz., bis 48 000 Mk. 22 Proz., bis 60 000 Mk. 25 Proz., bis 70 000 Mk. 28 Proz., bis 80 000 Mk. 31 Proz., bis 90 000 Mk. 34 Proz., bis 100 000 Mk. 36 Proz. und darüber um 38 Proz.

Stadtv. Koenen besprach die prinzipielle Haltung der Fraktion der U. S. P. zu dem gesamten städtischen Steuerprojekt. Bei der Festsetzung der Steuern ist über die Staffelung manches zu sagen. Aber es kommt darauf an, grundsätzlich Stellung zu nehmen. Aus der Begründung des Magistrats geht klar hervor, wie in den letzten vier Jahren gewirtschaftet worden ist, und wie wir jetzt diese Sünden ausbaden sollen. Der Magistrat sagt ganz recht, daß ein so hoher Steuerertrag wie im diesjährigen Etat nicht wieder zu erwarten ist. In seiner jetzigen Zusammensetzung soll das Kollegium den Prügelknaben machen für die Folgen einer Politik, die ich und seine Freunde entschieden bekämpft haben. Eine Stadtverwaltung, die weiterblickend war, hätte dafür sorgen müssen, daß die Lasten gar nicht erst so hoch würden. Andere Regierungen haben eine klügere Finanzpolitik getrieben. Auch in Süddeutschland haben einige Städte die Lasten auf jedes Jahr verteilt. Wir haben immer vor der verderblichen Kriegssteuerpolitik gewarnt. Wir haben den Zusammenbruch Deutschlands vorausgesagt und nun glauben Sie, wir sollen die Karre aus dem Dreck ziehen. Weder der Betriebs-, noch der Bier- oder Lustbarkeitssteuer werden wir zustimmen. Grundsätzlich lehnen wir alle indirekten Steuern ab. Der neue Etat ist vollkommen nach dem alten Schema aufgebaut.

Daher können wir dem Etat ebensowenig zustimmen

wie in früheren Jahren. Die einzige Erleichterung bedeutet die Progression. Wir verlangen eine reine Einkommensteuer, bei der die Minderbemittelten schwächer belastet werden. Jetzt muß ein größerer Wert gelegt werden auf die Beseitigung der ersten Kammer im Stadtparlament. Wir befinden uns heute in einer gewissen Zwangslage. Der jetzige Etat ist ein Vierteljahr zu spät aufgestellt worden. Die Wahlen mußten später vorgenommen werden, und die Bewegung wurde durch das Einrücken der Noskegarden gestört (Lachen). Heute will man nun die Sünden der Bevölkerung aufpacken. Wir wollen einen gründlichen Einblick in die Finanzen haben, in die Vermögenslage der Stadt. Nicht einmal die gedruckten Verwaltungsberichte von 1917 liegen vor, geschweige denn die von 1918. Wir hätten nähere Angaben gewünscht, um wenigstens Einsicht in den Etat zu bekommen. Wir wünschen vom Magistrat eine Aufstellung der Vermögen, sowie der Schulden der Stadt, damit wir ganz klar sehen, was wir zu verwalten haben. Bis jetzt gibt es so etwas nicht. Wer mit Verantwortung den Etat bearbeiten muß, dem müssen auch die Unterlagen zugängig sein. Erst dann werden wir mitarbeiten und unser Einverständnis erklären können. Aber heute lehnen wir es ab, für die Sünden mitverantwortlich zu sein. Wir hoffen, daß der nächste Etat größere Erleichterungen bringen wird. Es sind ja bei vielen Kapiteln Anregungen gegeben und Vorschläge gemacht worden. Die Vorschläge über die Beamtenregelung, Kommunalisierung industrieller und gewerblicher Betriebe lassen doch einen günstigeren Ausblick auf das kommende Etatsjahr zu. Die Wirkungen werden natürlich nicht gleich zur Geltung kommen. Möge der neue Etat dann einen wirklichen sozialen Einschlag aufweisen.

Bürgermeister Seydel will sich nicht auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung einlassen. Er bestreitet aber, daß es Städte gebe, die die Kriegslasten aus den laufenden Mitteln gedeckt hätten. Die Kriegslasten seien so gewaltig, daß dies der reichsten Stadt nicht möglich gewesen sei. Mit dem Abbau der Schulden aber habe Halle den Anfang gemacht. Es habe natürlich niemand voraus wissen können, daß die Schuldenlast eine solche Höhe erreiche. Ueber die Steuerpolitik will ich mich nicht auslassen. Wir werden aber in Zukunft vor ganz anderen Aufgaben stehen. Erst wenn die Reichssteuervorlage zu Grunde liege, lasse sich ein klares Bild geben. Stadtv. Ritter gab die Schlußsumme mit 12 620 000 Mk. an.

Stadtv. Koenen gab eine Richtigstellung und betonte noch einmal, niemand könne verlangen, daß die Unabhängigen die bankerotte Politik mit ihrem Namen decken sollen.

Stadtv. Kleeis gab die Erklärung ab, daß er und seine Freunde für die indirekten Steuern stimmen werden, weil sie jetzt nicht aus der Welt zu schaffen seien. Auch bei der Ablehnung würden sie ja erhoben werden.

Stadtv. Koenen stellte demgegenüber fest, daß seine Fraktion für die Aufhebung dieser Steuern einträte. Die einzelnen Steuern werden gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Statt 338 Prozent wurde der Gemeindesteuerzuschlag auf 328 Prozent festgesetzt. Auch sonst wurden noch verschiedene Aenderungen angenommen.

Stadtv. Splett verwunderte sich über die Staffelung, die die großen Einkommen im Verhältnis ungenügend heranziehe. Vom Magistrat wurde dem widersprochen. Stadtv. Kleeis beantragte bei Einkommen über 100 000 Mk. 40 Prozent Steuersatz festzulegen. Stadtrat Wurm und Bürgermeister Seydel sprachen dagegen. Stadtv. Ritter hält den Satz von 38 Prozent schon für ganz erheblich, wonach Stadtv. Kleeis seinen Antrag zurückzog. Der Gesamtetat wurde mit 30 gegen 20 Stimmen angenommen, nachdem Stadtv. Hildebrandt die Auszählung beantragt hatte.

Kleine Vorlagen.

Zugestimmt wurde der Bewilligung einer Rente an den Werkmeister Kaminsky. — Stadtv. Albrecht begründete das Gesuch des Hauptausschusses, dem 6. Bezirk für den Arbeiter-Turn- und Sportkreis Halle, um finanzielle Unterstützung zum diesjährigen Bundeswertungsturnen zu gewähren. Grundsätzlich herrscht hier Verständnis, eine Summe zu bewilligen, die entsprechend der Zahl der Turner sich in der Höhe bewegen soll, wie bei dem Kreisturntag der Deutschen Turner 1913. Ueber die Schaffung einer Vorflut an der Diemitzer Rampe referierte Stadtv. Minner, über die Aufhebung einer Verbindungsstraße zwischen Liebenauer- und Thomasiusstraße Stadtv. Brömme. Den Vorschlägen des Bau- und Haushaltsausschusses wurde beigetreten. Der Landaustausch an der Großen Wallstraße und Paradeplatz, der Bau von Kanälen Lindenstraße, Steinweg, Moritzzwinger und die Fluchtlinienfestsetzung einer Bebauung des Geländes zwischen der Artilleriestraße, der Kasseler-Güter-Umgehungsbahn und der alten Leipziger Chaussee wurden nach der Berichterstattung durch die Stadtv. Balke, Knauthe und Reiwand gutgeheißen.

Damit sind diejenigen Punkte, die in der vorigen Sitzung nicht verhandelt, sondern vertagt worden waren, erledigt, und man geht zu den Gegenständen der Vorlage der heutigen Sitzung über. Die Vorlage auf Verkauf von Teilen der Straßenbahnkraftstation wird vom Stadtv. Weichke begründet. Es handelt sich um ein sehr günstiges Angebot und die Versammlung beschließt, zuzustimmen. Stadtv. Wolf berichtet für den Grundstücks-Ausschuß über den Erwerb des Grundstückes Gr. Berlin 14 für die Erweiterung der Büros des Arbeitsamtes. Auch dies wird angenommen. Stadtv. Weschke empfiehlt dann die Annahme einer Erbschaft, die der Stadt vermacht worden ist.

Notstandsarbeiten für die Hallische Künstlerschaft.

Die Stadtv. Knauthe und Genossen hatten folgenden Antrag gestellt:

Der Magistrat wird ersucht, nach dem Beispiele anderer Großstädte Maßnahmen zu ergreifen, die der großen wirtschaftlichen Not der gesamten Hallischen Künstlerschaft (Maler, Bildhauer, Architekten, Schriftsteller u. a.) in umfassender Weise abhelfen. Zur sofortigen Linderung der verhängnisvollen Notstände wird in den Etat 1919 eine entsprechende Summe eingesetzt. Zur Vorbereitung und schleunigen Durchführung dieser Hilfsaktion wird ein Ausschuß gebildet, dem drei Magistratsmitglieder, vier Stadtverordnete und drei freie Künstler angehören.

Stadtv. Dürrfeld stellt hierzu den Antrag, einen Ausschuß zu wählen, der überhaupt erst einmal prüfen soll, wie weit eine Notlage besteht. Für den Haushaltsausschuß empfiehlt Stadtv. Osterburg, den Künstlern hunderttausend Mark zur Verfügung zu stellen. Die Kunst sei bisher nicht in wünschenswerter Weise vom Volke gewürdigt worden, nur einige Künstler, die Geldsackinteressen vertraten, seien in die Höhe gekommen. Mit dem Antrag werde erreicht, daß die Kunst dem Volke nähergebracht werde und die Künstler mehr unterstützt würden. Stadtv. Dürrfeld begründet seinen Antrag.

Stadtv. Knauthe erklärt, daß der Bund deutscher Architekten, ebenso wie die anderen Künstlerverbände, hinter seinem Antrag stände. Die Stadt Magdeburg habe für die Instandsetzung eines Ausstellungshauses bereits 38 000 Mark bewilligt. Der Antrag Dürrfeld sei ihm sympathisch, aber er habe Bedenken, daß dadurch bürokratische Verschleppung eintreten könne, deshalb bitte er, doch den Antrag zurückzuziehen. Wenn sein Antrag angenommen würde, müsse sofort eine Kommission gewählt werden. Stadtv. Koenen bittet, diesen Ausführungen Knauthes Gehör zu schenken. Es müsse gleich etwas getan werden. Der Antrag Dürrfeld könne höchstens ein Ergänzungsantrag sein.

Es entwickelt sich nun eine äußerst lange Debatte, in der viele Redner oft mehrere Male das Wort ergreifen. Ein Teil tritt für den Antrag Dürrfeld, ein anderer dagegen ein. Frau Lange fragt, wie sich Stadtv. Koenen es vorstelle, ohne Ausschuß die hunderttausend Mark zu verteilen, worauf Koenen antwortet, es solle jetzt nicht mehr nachgeprüft werden, ob überhaupt eine Notlage bestehe, sondern es solle durch einen Ausschuß bestimmt werden, wer im einzelnen unterstützt werden soll. Stadtv. Keil wiederum erklärt den Antrag Dürrfeld für das einzig richtige und Stadtv. Winkelmann hat ganz besonders schwere Bedenken gegen den Antrag Knauthe und meint, wenn man den Künstlern hunderttausend Mark bewillige, so werden dann auch die Gewerbetreibenden kommen, die Handwerker, und man müsse Millionen ausgeben. Die Wähler würden sich dafür bedanken, daß man hier mit ihrem Gelde alles mögliche bewillige. Mehrere Male ergreifen die Genossen Albrecht und Koenen das Wort, um darauf hinzuweisen, daß man die Sache nicht bis nach den Ferien verschleppen dürfe, und daß der Ausschuß, der gewählt werden soll, schon während dieser Zeit arbeiten könne. Schließlich meint Stadtv. Dürrfeld selbst, daß man ja die hunderttausend Mark heute bewilligen und dann die einzelnen Punkte nachprüfen könne.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages des Haushaltsausschusses auf Bewilligung von hunderttausend Mark, gegen die Stimmen der Deutschnationalen. Dann wird beschlossen, die Kommission, die aus drei Magistratsvertretern, vier Stadtverordneten und drei Vertretern der Künstler bestehen soll, sofort zu wählen. Die Stadtv. Knauthe, Vollbracht, Carlsson und Lehmann werden in die Kommission entsandt, die Vollmacht bekommt, sich selber mit den Künstlern darüber zu verständigen, wer als deren Vertreter hinzugezogen werden soll.

Dringlichkeitsanträge.

Als Dringlichkeitsanträge werden noch vier Punkte erledigt. Die Annahme einer Erbschaft wird ausgesprochen. Einem Straßenbahnführer wird ein Ruhegehalt von 2081 Mark jährlich bewilligt. Für eine Kriegerwitwe wird ein Zuschuß zur Kriegshinterbliebenenfürsorge gewährt, und der Magistrat aufgefordert, eine Vorlage auszuarbeiten, daß in solchen Fällen der Zuschuß mit rückwirkender Kraft auf 150 Mark erhöht wird. Die Bewilligung einer Teuerungszulage wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Damit schließt die öffentliche Sitzung. Stadtverordnetenvorsteher Hennig gibt bekannt, daß das Haus sich bis zum 15. September vertagt. Sollte dringendes vorliegen, so würde trotzdem eine außerordentliche Sitzung abgehalten werden müssen. Der Haushaltsausschuß müsse aber bereits am 11. September wieder zusammentreten. Mit einem Hinweis auf die reiche Arbeit, die in den vergangenen Monaten geleistet worden sei, schließt der Vorsteher die Sitzungsperiode.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 5. August 1919.

Am Freitag Distriktsversammlungen der U.S.P.

Ausnahmsweise finden die Distriktsversammlungen nicht am Donnerstag, sondern am Freitag, den 9. August, 8 Uhr abends, in den bekannten Lokalen statt. Die Verschiebung machte sich nötig, da die Metallarbeiter, die sehr stark bei uns organisiert sind, am Donnerstag durch ihre Versammlung abgehalten sind. Wir ersuchen nun unsere Mitglieder, sich recht rege an unsere Distriktsversammlungen am Freitag zu beteiligen.

Der Vorstand
des Sozialdemokratischen Vereins Halle
U. S. P. D.

* **Freie Jugend.** Heute abend ½8 Uhr im Volkspark Vortragsabend.

* **Bildungskursus der Sozialistischen Studentengruppe.** Heute abend 7¾ Uhr, 2. Teil des Vortrags „Das Rätesystem" (Das wirtschaftliche Rätesystem von Genosse Kürbs.) Alte Volksschule. Neue Promenade, Zimmer 47. Gäste willkommen. Der Schülerrat.

* **Holzarbeiter.** Heute abend, ½8 Uhr, findet im Volkspark eine wichtige Versammlung statt. Es stehen außer der Stellung der Opposition auf dem Verbandstage, die Abrechnung vom II. Quartal, und wichtige innere Verbandsfragen auf der Tagesordnung. Aus diesem Grunde mögen die Kollegen vollzählig und pünktlich erscheinen. Die Lokalverwaltung.

* **Metallarbeiter.** Morgen, Mittwoch, abends 7 Uhr, im Volkspark Mitgliederversammlung. (Die Aufgaben unserer Generalversammlung, Aufstellung der Kandidaten.) Die diesjährige Generalversammlung überragt alle früheren an Bedeutung, sie wird zum Wendepunkt unserer Organisation. Möge jeder Kollege und Kollegin den geschichtlichen Augenblick erkennen, in der Versammlung erscheinen und von seinem Recht der Meinungsäußerung und Mitbestimmung Gebrauch machen. Kollegen jeder Richtung haben Gelegenheit zur Aussprache, deshalb hinein in die Versammlung. Ohne Mitgliedsbuch oder Ausweis kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

* **Monatsbericht der Zentralbibliothek.** Im Monat Juli wurden von 1138 (398) Besuchern an 4 (4) Sonntags und 10 (5) Werktags-Ausgabestunden 1705 (650) Bücher entliehen. Es wurden also 740 Besucher und 1055 Entleihungen mehr gezählt als im gleichen Monat des Vorjahres. Davon hatte Ammendorf 13 Besucher und 20 Entleihungen. Auf die einzelnen Abteilungen verteilen sich die entliehenen Bücher wie folgt: Abteilung A: Partei- und Gewerkschaftsliteratur 97 (8), B: Geschichte, Biographien 121 (31), C: Naturwissenschaften 100 (34), D: Religion, Philosophie 19 (9), E: Romane, Novellen 829 (314), F: Jugendschriften 422 (201), G: Klassiker, Gedichte 47 (14), H: Sammelwerke 27 (25), J: Technik, Gesetze 43 (14). Die eingeklammerten Ziffern sind die des gleichen Monats im Vorjahre. Die Bibliothek steht den Mitgliedern der Partei sowie allen Gewerkschaften und ihren Angehörigen unentgeltlich zur Verfügung. Beim ersten Besuch ist das Mitgliedsbuch vorzulegen. Ausgabestunden sind Montag, Dienstag, Donerstag und Freitag abends von 6—8 Uhr im Volkspark, Burgstraße 27. An Sonntagen bleibt die Bibliothek geschlossen.

* **Gesundheit im Juli.** Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der Woche vom 6. bis 12. Juli 1919 in den deutschen Städten im allgemeinen gegen die Vorwoche wenig geändert. In den einzelnen Städten (mit mindestens 80 000 Einwohnern) betrug die Sterblichkeit auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet ohne Ortsfremde in: Berlin-Wilmersdorf 3,9, Berlin-Steglitz 4,8, Neukölln 5,1, Kiel 5,7, Berlin-Lichterfelde 8,0, Altona 8,5, Bielefeld 8,5, Stettin 8,5, Duisburg 8,6, Karlsruhe 8,6 Hamborn 8,9, Essen 9,0, Köln 9,0, Nürnberg 9,3, Gelsenkirchen 9,6, Hagen i. W. 9,8, Krefeld 9,9, Münster 9,9, Bochum 10,2, Charlottenburg 10,2, Hamburg 10,5, Aachen 10,7, Elberfeld 10,8, Bonn 11,0, Bremen 11,2, Mühlheim a. Rh. 11,2, Chemnitz 11,4, Leipzig 11,4, Saarbrücken 11,5, Dortmund 12,4, Königsberg 12,4, Halle a. S. 12,9, Königshütte 13,0, Berlin 13,1, Dresden 13,1, Augsburg 13,9, Danzig 13,9, Görlitz 14,0, Spandau 16,2, Magdeburg 16,9, Breslau 19,4. Wie man sieht, steht Halle immer noch mit in erster Linie!

* **Zuckerknappheit!** Zu unserer Frage: Wo bleibt der Einmachezucker?, wird aus Oberschlesien noch ein drastisches Beispiel, wohin der Zucker verschoben wird, gemeldet. Nirgends hat das Schieber- und Schmugglertum einen so gewaltigen Aufschwung genommen, wie in Oberschlesien. Vor kurzem bot ein dunkler Ehrenmann einem Schieberkollegen nicht weniger als 5000 Zentner Zucker an, das Pfund zu 4,90 Mark! Zu einem Teil wandert der Schieberzucker, der unter der Signatur „Heeresgut" an den Mann gebracht wird, in die Bonbonfabriken, zum größten Teil aber wird er zum Branntweinbrennen verwandt. Die Geheimbrennereien haben durch die Unterbindung des freien Handels mit Branntwein einen unerhörten Umfang angenommen. In der letzten Zeit wurden durch die Zollbehörden in Oberschlesien mehr als 50 solcher Geheimbrennereien aufgehoben, darunter mehrere, die an einem Tage mehr als 50 Liter Alkohol erzeugen konnten. Der geheim fabrizierte Branntwein findet reißenden Absatz. Die Regierung ist machtlos und unfähig, solche Dinge aus der Welt zu schaffen. Der Wucher und die Schiebereien sind so unlöslich mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise verbunden, daß sie nur mit deren Beseitigung verschwinden werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190805-10/fragment/page=0005

* **Kinderwanderung.** Meint ihr noch, die wäre nicht nötig? Nun, dann hättet ihr am Sonntag mitkommen sollen und selbst schauen. Trotz schlechten Wetters hatten sich doch über 80 Kinder, zumeist Mädels, eingefunden. Die Buben scheinen bange vor dem Regen zu haben! Punkt ½2 ging es von der Kröllwitzer Brücke ab. Die Kleinsten vorweg in tüchtigem Tempo, und es war eine Lust, sie dahintippeln zu sehen. Ganz am Ende der Heide, am Rande des Lindenbusches wurde Rast gemacht. Alles puddelte seine Paketchen auf und ein Schmausen begann. Doch nicht lange hatte das kleine Volk Ruhe und bald klangen frohe Kindergesänge durch den Wald und behende Füßchen tanzten allerlei lustige Spiele. Froh und hell jauchzte es auch aus der kleinsten Brust. Doch einmal mußte abgebrochen werden; noch ½ Stunde Ruhe im Kreis mit einem lustigen Lied und um 6 Uhr ging es heimwärts. Was wurde auf dem Heimwege nicht alles gefragt und erzählt! — — Wann ist die nächste Wanderung? — Kehren wir nicht mal ein? — Können wir nicht mal weitergehen? — Nun, zwei Fragen können bejaht werden. Am Sonntag, den 17. August, geht es nach Neu-Ragoczy ins Naturfreunde-Landhaus. Aber „Einkehren" gibt es nicht und den Eltern bleibt hier ein Vorwurf nicht erspart. Warum geben sie den Kindern Geld mit? Das eine Kind prahlt dann, es habe eine Mark bekommen, das andere hat deren sogar zwei. Keinen Pfennig brauchen die Kinder mitzubringen. Geld in den Händen der Kleinen macht den Jugenderziehern nur die Arbeit schwer, denn es verführt zum Einkehren und Naschen. — Es war noch nicht 8 Uhr, als sich ein jeder auf der Kröllwitzer Brücke mit Händedruck und frohem Gesicht verabschiedete, nicht ohne vorher versprochen zu haben, wieder mitzukommen. — Lange hat man nicht so viel echte Freude gesehen, als am Sonntag auf der Kinder-Wanderung. Deshalb kommt, schaut selbst und schickt eure Kinder mit, wenn wieder der Touristenverein Die Naturfreunde ruft.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abends 7¼ Uhr, wird das Schauspiel Stein unter Steinen wiederholt. Mittwoch, Götterdämmerung. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß diese Vorstellung bereits um 6 Uhr beginnt. Donnerstag, Hannerl. Freitag, Der Erbförster. Sonnabend, Die Rose von Stambul. Sonntag nachmittag, Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen, Alt Heidelberg, abends Martha. Heute abend Volkskonzert des Orchesters auf der Peißnitz um 8¼ Uhr.

* **Ausgabe von Stammkarten für das Stadttheater.** Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die von verschiedenen Seiten verbreiteten Meldungen, die Stammkarten für das nächste Spieljahr seien ausverkauft, unzutreffend sind, daß vielmehr sehr gute Stammplätze in allen Preislagen noch zur Verfügung stehen. Die Ausgabe neuer Stammkarten erfolgt täglich an der Kasse des Stadttheaters.

* **Thalia-Theater.** Wie die Direktion des Battenberg-Theaters, Leipzig, erfahren hat, besteht im Publikum vielfach der Glaube, daß die Vorstellungen „Verlorene Töchter" im Thalia-Theater identisch sind mit dem vor längerer Zeit hier gezeigten Film gleichen Namens. Dieses ist nicht der Fall, wie sich jeder durch Augenschein überzeugen kann. Die Aufführungen haben mit dem Film nur durch Zufall den Namen gemeinsam, sind in jeder Weise dezent und werden in erstklassiger Besetzung herausgebracht. Wie uns die Direktion ferner mitteilt, hat sie die Absicht, eine Vorstellung zum Besten der heimkommenden Kriegsgefangenen zu geben.

* **Gefundene Gegenstände.** In der Zeit vom 16. bis 31. Juli 1919 sind nachstehende Gegenstände als gefunden abgegeben oder angemeldet worden: 1 Brieftasche mit Inhalt, 4 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Armbanduhr, 1 braune Handtasche mit Inhalt, 1 goldener Herrenring, 1 Reisehandtasche mit Inhalt, Kupferdraht, mehrere Geldscheine, 1 Kinderrock, 1 Paar Herrenhandschuhe, 1 Paket Kinderwäsche, 1 Karton mit Bekleidungsstücken, 1 Eimer mit Heidelbeeren, mehrere Schlüssel.

* **Gefundene Handtasche.** Im Volkspark ist am Sonntag bei dem Parteifest am Stande der Blumenverlosung eine Handtasche gefunden. Sie ist im Parteisekretariat der U. S. P. D., Harz 42-44, Zimmer 23, abzuholen.

* **Unvorsichtige Verbrecher.** In der vergangenen Nacht wurden drei Männer und eine Frau, nachdem sie sich in einer Schankwirtschaft in der Geiststraße auffällig benommen hatten, festgenommen. Bei näherer Untersuchung auf der Wache, wurden bei den Männern Einbrecherwerkzeuge, Schmucksachen und 20512.85 Mark Geld vorgefunden, während die Frau unter anderem eine Ledertasche bei sich trug, die einer Frau in der Geiststraße gelegentlich eines Einbruchs gestohlen wurde.

Büschdorf — Diemitz — Schönnewitz — Reideburg. Distriktsversammlung am Freitag, den 9. August, abends 8 Uhr, im Probst'schen Lokal in Büschdorf. Vollzähliges Erscheinen der Parteimitglieder der Amtsbezirke ist unbedingt erforderlich.

Nietleben — Zscherben. Distriktsversammlung am Mittwoch, den 6. August in Nietleben im Lokal von Alw. Mey. Die Genossen, welche noch im Besitz von Sammellisten sind, werden gebeten, diese mitzubringen.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Die Vorsitzenden der Ortsvereine der U. S. P. werden ersucht, die zugestellten Fragebogen bestimmt bis 11. August an den Kreisvorstand unter gewissenhafter Ausfüllung zurückzusenden.

Als 35. Ortsverein hat sich seit 1. August Dolscheida mit 50 Mitgliedern dem Kreiswahlverein angeschlossen. Im Torgauer Kreise haben sich die beiden Vereine Schildau und Kobershain verschmolzen. Der Ortsverein hat seinen Sitz in Schildau.

Alle Neugründungen und auch die Uebertritte von bestehenden sozialdemokratischen Vereinen sind sofort dem Kreisvorstand zu melden. Die Ortsvereine mit einer größeren Anzahl weiblicher Mitglieder werden ersucht, zu der am Sonntag, den 17. August, in Halle stattfindenden Frauenkonferenz der Kreisleitung je eine Genossin vorzuschlagen. Es kommt in erster Linie darauf an, daß diese Genossin dann auch agitatorisch unter den Frauen wirken kann, so daß ein Erfolg für die Frauenbewegung in den Orten zu erwarten ist. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im Fragebogen in der besonderen Rubrik anzugeben. Der Kreisvorstand.

Für den Kreis Liebenwerda findet am Sonntag, den 10. August, vormittags 10 Uhr, im Gasthof zur Sonne in Elsterwerda eine Konferenz der Mitglieder des Kreisarbeiterrates aller Amtsbezirke und aller sozialdemokratischen Kreistagsabgeordneten statt. Eine Teilnahme der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der umliegenden Ortschaften ist selbstverständlich gestattet. Für den Kreis Torgau liegt die Leitung dieser Agitation in den Händen des dortigen zuständigen Kreisarbeiterrates.

Der Kreisarbeiterrat.

Merseburg. Diskussionsabend. Wie den Merseburger Genossen bekannt ist, findet jeden Freitag im Thüringer Hof ein Diskussionsabend zum Zwecke der geistigen Weiterbildung unserer Genossen statt. Daß diese Abende für diejenigen Genossen, welche einmal daran teilgenommen haben, zu einem ständigen Bedürfnis werden, beweist die Tatsache, daß auch nicht einer der anfänglichen Teilnehmer den Diskussionsabenden ferngeblieben ist. Wir können aber nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß es nicht nur die Pflicht der Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre ist, von dieser fortbildenden Einrichtung Gebrauch zu machen, sondern, daß diese Abende für sämtliche Parteimitglieder zur Bereicherung ihres geistigen Wissens veranstaltet werden. Der nächste Diskussionsabend am Freitag, abends 7½ Uhr, dürfte sich aus dem Grunde zu einem recht interessanten gestalten, da zwei Genossen, und zwar Brückner und Lehnert, über ein gleiches Thema sprechen werden. Zum Vortrag kommt Der Klassenkampf nach Kautskys Erläuterungen zum Erfurter Programm.

Schmilkendorf. Der Amtsbauernrat hat unlängst hier eine Sitzung abgehalten, in der die Frage der Frühkartoffeln auf der Tagesordnung stand. Die versammelten Bauernräte brachten einstimmig zum Ausdruck, daß die Frühkartoffeln ohne Zwischenhandel dem laufenden Publikum abgegeben werden sollen, um der Bewucherung und der willkürlichen Preissteigerung vorzubeugen. Es soll der Kommissionär Fürste in Wittenberg für den Amtsbezirk Straach ausgeschaltet werden. Die Bauernräte sind der Ansicht, daß durch die Ausschaltung des Zwischenhandels die Allgemeinheit einen Vorteil erlangt, womit sie fraglos ins Schwarze treffen. Die Ortsbauernräte sollen dem Schriftführer Amende melden, wieviel Frühkartoffeln angebaut sind und wie der Ertrag ausfällt, der Uebersicht wegen. Gerügt wurde, daß sich Dobien an den Beratungen nicht beteiligt, und soll noch einmal versucht werden, diesem Uebelstand abzuhelfen. Der Bauernrat erwartet, daß er Unterstützung findet, damit endlich den Wucherpreisen ein Riegel vorgeschoben wird, und damit alle Arbeiter, Handwerker und kleine Beamte nicht mehr der Bewucherung ausgesetzt sind. Beschwerden, Mitteilungen über Preisüberschreitungen erbittet Hugo Amende-Straach. Die Beschwerden sollen ohne Namensnennung geprüft werden.

Wittenberg. Eine Versammlung zur Gründung einer Volksblattgenossenschaft findet am Donnerstagabend 8 Uhr im Tivoli (Dahne), Claußstraße, statt. Die Preßkommission ladet hierzu alle Genossen ein.

— Der Wohnungsausschuß hat die Wohnungssuchenden in sechs Klassen eingeteilt, um eine möglichst gerechte Verteilung vornehmen zu können. In Klasse 1 zählen die dringlichen Fälle, Klasse 2 und 3 diejenigen, welche seit einem Jahr oder länger hierwohnen, Klasse 4 diejenigen, welche dringlich hier in Stellung treten, Klasse 5 und 6 diejenigen, welche heiraten wollen oder freiwillig nach hier ziehen.

Eilenburg. Gewerkschaftsfest. Nach fünfjähriger Unterbrechung beging am Sonntag die hiesige Arbeiterschaft wieder ein Gewerkschaftsfest. Der über 1000 Kinder und über 2000 Erwachsene zählende Umzug setzte sich Punkt 2 Uhr in Bewegung. Es ging durch die Hauptstraßen nach dem Schützenhaus. Hier war für Unterhaltung für jung und alt gesorgt; um 7 Uhr war ein Lampionumzug für Kinder mit Musik nach dem Markt. Der Abend gehörte den Tanzlustigen, die in vier Sälen ihrem Vergnügen nachgehen konnten.

Zahna. Die Vorratskammer ausgeräumt haben Einbrecher beim Landwirt Wiedicke. Alle Fleisch- und Wurstwaren sind verschwunden, so daß der Bestohlene erheblich geschädigt ist. Die Spur der Diebe führt in Richtung Wittenberg.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Paul Hennig; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag Volksblatt G.m.b.H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Walhalla-Operetten-Theater. Anfang ½8 Uhr. Operetten-Gastspiel Direkt. Felix Meinhardt. Grösster Lacherfolg! 3107 Die oder Keine. Musik v. Walt. W. Goetze. Kasse v. 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Bad Wittekind. Mittwoch, d. 6. August, abends 8 Uhr *2078 Extra-Konzert ausgeführt vom Seifert-Orchester. Leitung: Musikdir. Rich. Seifert Bayer. Militär-Musikmstr. a. D. Eintrittspreise für Erwachsene 75 Pf., Kinder 40 Pf. Nachzahlung für Abonnenten: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Prinzeß Schmeerstraße 5. Ab heute der große Schlager aus der Revolution: Das Tor der Freiheit. Spannendes Drama aus den Bergwerken Oberschles. in 4 Akten. 3106 Rossel Orla in: Wolkenbau und Flimmerstern. Reiz. Lustspiel in 4 Akten.

Stadttheater Mittwoch, 6. August 1919, Anf. 6 Uhr, Ende 11 Uhr: Götterdämmerung. Von Richard Wagner. Donnerstag: 3096 Hannerl.

Bauschule Rastede (Oldbg.) Meister- u. Polierkurse Ausführl. Progr. frei. *1728

Kammer-Lichtspiele Grosse Steinstr. 24 Nur noch bis Donnerstag.

Der Hund von Bascerville. 2. Das einsame Haus. Sherlock Holmes fürchterlichstes Abenteuer. Ab Freitag: Der grosse bayrische Film Bergschrecken. Fernruf 2752. 3111

Galgenberg, Dampfwäscherei, Färberei, Chemische Reinigung. Stärke-Wäsche binnen 8 Tagen. 2914

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus 3092 C. Klappenbach, Gr. Ulrichstraße 41. Preisliste gratis.

Nur 3 Tage 3 Pola Negri die grosse beliebte Künstlerin in: Indisches Gift. Drama in 5 Akten. Spannende Handlung. Herrliche Szenen. Gegen hohe Belohnung abzugeben. Ein lustiges Filmspiel in 3 Akten. Toller Humor u. Laune. Künstler-Kapelle. Orpheum, Steinweg 12. 3108

Apollo-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Liebe im Schnee. Oper. v. R. Bernatzky. 3105 Gertrud Emmy Sturm a. G. Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

Wer Scheffel-brot 3110 erprobt es lobt!

Monopol-Lichtspiele, Geiststr. 5. Uraufführung für Halle. — Vom 5. 8. 1919. Wanda Treumann in ihrem gr. Schlager: „Helga" Spannendes Drama in 4 Akten. Bastelmeyers Abenteuer. Lustspiel in 2 Akten. 3100

3110 Kleiderstoffe für Schulkinder sehr preiswert. S. Biletzky, Leipziger Str. 103, I.

Guterh. weißer Kinderwagen, 1 P. getr. Schaftstiefel, Gr. 41, b. z. verk. 3093 Hahn, Dieskauer Str. 18, III

Gebr. Leder-Schlaf-Sofa zu verkaufen 3094 Mansfelder Str. 48b II.

Wieder erschienen: Bellamy Ein Rückblick aus dem Jahre 2000. Kart. 3 Mk., Porto 15 Pf. Volksbuchhandlung, Halle (S.), Harz 42/44.

Kautabak überseeisch, laft., hart, St. 1,10 M., an Händler u. Priv. *2043 Heinrich Schütz, Schotterey bei Lauchstedt (Thür.).

Schulbücher aller Art Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister zc. Zu beziehen durch die Volks-Buchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Thalia-Theater Geiststrasse. Täglich, abends 7½ Uhr, das von der Presse glänzend kritisierte Schauspiel: Kein Kino! „Verlorene Töchter" Kein Kino! Ueber 100 aufeinanderfolgende Vorstellungen am Battenberg-Theater, Leipzig. Zur Aufklärung, Belehrung und Warnung für alle deutschen Frauen und Mädchen. Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt. Vorverkauf: In den Zigarrengeschäften von Nowack & Schmidt, Geiststrasse 22 und C. Fehling, Gr. Ulrichstrasse, Ecke Alte Promenade. *2059

Arbeitsmarkt

Schuhmachergesellen, Stundenlohn 1.50 Mk., stellt ein *2071 Hoffmann, Riestedt.

Schöne, neue 3098 Kücheneinrichtung sehr billig zu verkaufen. Friesenstraße 26 III l.

Wohnungstausch Wer tauscht Stube und Küche im Süden gegen Stube, Kammer u. Küche? Off. unter B. H. 381 an die Exped. d. Bl. 3099

Neu! Achtung! Neu! Tanz-Kontroller, Eintritts- und Garderoben-Blocks, 3091 Saal-Postkarten wieder eingetroffen. Tel. 3477. Paul Lange, Tel. 3477. Kurz- u. Galanteriewaren-Großhandlung. Merseburger Straße 163 (Nähe Riebeckplatz).

Der Allgemeine Konsum-Verein zu Kröllwitz, e. G. m. b. H., ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 21. Juni 1919 aufgelöst; zu Liquidatoren sind vom Gericht der Kaufmann Max Knoche hier und der Kaufmann Hubert Wähmer hier bestellt worden. Die Gläubiger der Genossenschaft werden hierdurch aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden. Halle a. S., den 5. August 1919. *2080 Die Liquidatoren. Max Knoche. Hubert Wähmer.

Konsum- und Spargenossenschaft für den Industrie-Bezirk Bitterfeld e. G. m. b. H. (Sitz Holzweißig) Wir suchen zum Antritt für 15. Oktober bezw. 1. November für unsere in Holzweissig neu zu errichtende Verkaufsstelle einen tüchtigen Lagerhalter. Schriftliche Bewerbungen sind bis 31. August an den Unterzeichneten einzureichen. *2070 Der Vorstand.

3101 Zimmerleute sofort gesucht. Meldung: Straßenbahn-Wagenhalle Freiimfelderstraße.

Dienstmädchen sofort gesucht. *2079 Uhlandstraße 6 I.

10—15 Maurer f. Winterarbeit sucht *2068 Heinz, Hohenthurm.

2188 Möbel-Transporte sowie Speditionsfuhren führt sachgemäß aus Alb. Ackermann, Thomasiusstr. 15. Tel. 5643

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Sohnes und Bruders, sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihn zur letzten Ruhe trugen, unsern herzlichsten Dank. Besondern Dank Herrn Doktor Harnisch und der Schwester Gärtner für ihre liebevolle Behandlung. *2069 Die trauernde Familie: Friedr. Bartholomäus und Frau, nebst Kindern und Verwandten. Radewell, 5. 8. 1919.

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Rosshaar u. Wolle kauft zu höchsten Preisen A. Weise, 2189 Pelz- u. Fellhandlung, Rannischestr. 1. Tel. 1867.

Empfehle 2186 Holzpantoffeln mit pa. Lederblatt sowie Hölzer f. ein zweit. Besohlen dazu. Max Fricke, Pantoffelfabrik, Trothaerstr. 89, Tel. 3385.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhdlg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190805-10/fragment/page=0006